

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 21. Dezember 1960

Blatt 2673

Schwächerer Wasserdruck in Teilen des 3., 4., 5., 10. und 12. Bezirkes
=====

21. Dezember (RK) Wegen Fortsetzung der Durchführung einer Reparatur an einem Haupttransportrohrstrang wird sich der Wasserdruck in den Rohrleitungen in folgenden Gebieten vermindern:

Im Gebiete des Margareten-, Wiedner- und Landstraßer Gürtels. Der gesamte Teil des 10. Bezirkes südlich der Gudrunstraße, wobei sich die Druckverminderung insbesondere im Gebiete nördlich der Hardtmuthgasse bemerkbar machen wird. Im 12. Bezirk das Gebiet beiderseits der Edelsinnstraße bis Pohl gasse und Belghofergasse und ferner das Gebiet östlich der Altmannsdorfer Straße und südlich der Südbahnlinie.

Die Instandsetzungsarbeit wird in der Zeit von Montag, den 26. Dezember, ab 6 Uhr früh, bis Dienstag, den 27. Dezember, 6 Uhr früh, durchgeführt werden.

- - -

Personalnachricht

=====

21. Dezember (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Riemer hat gestern der Wiener Stadtsenat dem Primararzt Univ.-Prof. Dr. Friedrich Starlinger anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand Dank und volle Anerkennung ausgesprochen.

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen im Wiener Rathaus
=====Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

21. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas wurden heute früh im Wiener Rathaus die Budgetberatungen mit der Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, fortgesetzt. Es referiert Stadtrat Sigmund (SPÖ).

Im Voranschlag für das Jahr 1961 der Geschäftsgruppe XI, der die Magistratsabteilungen 61 bis 66 und 68 bis 70 unterstehen, sind 266,224.800 Schilling vorgesehen. Gegenüber dem Voranschlag 1960 bedeutet dies eine Erhöhung von rund 7,163.000 Schilling.

Für die 1961 in ganz Österreich stattfindende Volkszählung erwachsen auch der Stadt Wien Mehrausgaben, für die 600.000 Schilling vorgesehen wurden. Bei Erläuterung der Mehrausgaben der Feuerwehr der Stadt Wien erinnert Stadtrat Sigmund daran, daß die Feuerwehr betriebsmäßig verrechnet wird, während bei den Magistratsabteilungen der Geschäftsgruppe nur der Sachaufwand, also ohne Personalkosten, im Voranschlag aufgenommen wurde. Für den Personalstand der Feuerwehr ist eine Vermehrung von 22 Dienstposten, auf insgesamt 1.327 Mann, vorgesehen. Der Neubau der Feuerwachen Rudolfshügel und Stadlau wurde mit je zwei Millionen Schilling, zusammen also vier Millionen Schilling als erste Baurate im Voranschlagsentwurf aufgenommen. Weitere Mehrausgaben entstehen durch Instandsetzungsarbeiten in der Zentralfeuerwache Am Hof sowie in den Hauptfeuerwachen Mariahilf und Floridsdorf. Um die Feuerwehr der Stadt Wien immer auf dem letzten Stand der technischen Entwicklung halten zu können, ist die Anschaffung einer Reihe von Geräten und Ausrüstungsgegenständen notwendig. Damit ist der höhere Ansatz für das Jahr 1961 erklärt.

Die Magistratsabteilung 61 ist mit der Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen, Heimatrollenauszügen und sonstigen Bescheinigungen betraut. So wurden vom 1. Jänner bis 30. November 1960 87.163 solcher Bescheinigungen ausgestellt. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Verringerung um 28.210. An aufrecht erledigten Einbürgerungsgesuchen und Staatsbürgerschaftserklärungen

wurden 1.088, im gleichen Zeitraum erledigt. Die rückläufige Bewegung bei den Einbürgerungen hält also weiterhin an, weil die Zahl der Ausländer, welche die österreichische Staatsbürgerschaft anstreben, geringer wird. Die Anzahl der Eheschließungen betrug in den ersten elf Monaten in Wien 13.163, das bedeutet gegenüber 1959 eine Vermehrung um 846 oder 6.8 Prozent. Die Anzahl der Geburten betrug 18.583. Gegenüber 1959 ist auch hier erfreulicherweise eine Erhöhung um 754 oder 4.2 Prozent festzustellen. Die Sterbefälle betragen in diesem Zeitraum in Wien 24.753, das sind gegenüber 1959 1.101 oder 4.65 Prozent mehr. Untersucht man nun die Anzahl der Geburten und der Sterbefälle und nimmt das Jahr 1954 als Vergleichsbasis, so kommt man zu folgendem erfreulichen Resultat: Die Anzahl der Geburten hat eine Vermehrung von 5.960 oder 47.21 Prozent erfahren, während die Sterbefälle in dem gleichen Zeitraum nur eine Vermehrung von 1.783 oder 7.55 Prozent erfahren haben. Die rückläufige Arbeitsbelastung der Magistratsabteilung 61 hat im Personalstand ihren Niederschlag gefunden. Während 1950, einschließlich der Standesämter, 260 Bedienstete der Abteilung zur Dienstleistung zugeteilt waren, sind es mit 30. November dieses Jahres nur mehr 172.

Die Magistratsabteilung 62, Wahlen, Polizeiwesen, Verschiedenes, ist mit der Durchführung von Wahlen und der Führung der Stimmliste betraut. Auf Grund eines Sondergesetzes wurde die Stimmliste am 1. Februar 1960 nicht zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. In dem vom Bundesministerium für Inneres ausgearbeiteten Wählerevidenzgesetz, das an die Stelle des Stimmlistengesetzes treten soll, wird von der Auflegung im Februar überhaupt Abstand genommen; eine Auflegung soll vielmehr erst vor Wahlen erfolgen. Im neuen Gesetz wird die Führung der Wählerevidenz in Karteiform vorgesehen sowie der Anspruch des Wahlberechtigten auf Korrektur der Wählerevidenz. Eine solche ständige Reklamationszeit ist als ständige Kontrolle der Richtigkeit der Wählerevidenz sicherlich nützlich. Eine Modernisierung der Kartei ist im Zuge. Nach der Umstellung werden voraussichtlich beträchtliche Ersparnisse zu erzielen sein. Es handelt sich um die Umstellung auf eine Lochkartei nach dem System Bull, bei der Fehler vermieden werden und Personal erspart wird.

Da auch der Bund ein Drittel der Kosten dieser Umstellung zu tragen hat, wurde das Bundesministerium für Inneres um Zustimmung ersucht und diese Zustimmung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen auch erteilt. Die polizeilichen Agenden der Magistratsabteilung 62 sind zum größeren Teil Angelegenheiten, die für den Sicherheitsdirektor besorgt werden, nämlich Vereinsangelegenheiten und Entscheidungen über Berufungen in Polizeisachen. Seit 1. Jänner 1960 wurden 284 Vereinsanmeldungen, 384 Statutenänderungen und 166 freiwillige Vereinsauflösungen behandelt. In elf Fällen wurde die Vereinsbildung oder Umbildung untersagt. 65 Vereine wurden behördlich aufgelöst. In Angelegenheit der Sicherheitsdirektion waren 451 Berufungsakten, in Polizeiangelegenheiten des Landeshauptmannes und der Landesregierung 164 Berufungsakten zu behandeln. Da der Magistratsabteilung 62 jene Aufgaben obliegen, die keiner anderen Magistratsdienststelle zugewiesen sind, hat sie noch die verschiedenartigsten Kompetenzen. Die durch die Nachkriegszeit bedingten Vermögensfragen konnten noch nicht zur Gänze liquidiert werden. Auch die Vermögensverfallsamnestie, bei welcher der Magistrat nur im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen handelt, konnte noch nicht zur Gänze durchgeführt werden. Aus den anderen, in die Generalkompetenz der Magistratsabteilung 62 fallenden Aufgaben sind hervorzuheben: die Entscheidungen über Berufungen gegen Bescheide des Landesinvalidenamtes, die Entschädigungen der Spätheimkehrer betreffen. Diese Aufgaben sind zeitbedingt und es sind auch nur mehr wenige Fälle anhängig. Dauernde Bedeutung haben dagegen die Berufungen gegen Bescheide der Kammer der Wirtschaftstreuhänder in beruflichen Angelegenheiten. Auf dem Gebiete des Gewerbewesens, mit dem die Magistratsabteilung 63 betraut ist, brachte das ablaufende Jahr keine erwähnenswerten Änderungen der Gesetzeslage. Auch die Bestrebungen zur Neugestaltung des Gewerberechtes sind noch nicht so weit gediehen, daß darüber schon etwas konkretes berichtet werden könnte. Auf Grund des Paragraph 104 der Gewerbeordnung steht dem Landeshauptmann das Recht zu, über Antrag der zuständigen Innungen für die einzelnen Kategorien der handwerksmäßigen Gewerbe Prüfungsordnungen für die Ablegung der Gesellenprüfung zu erlassen. Von dieser Möglichkeit wurde im laufenden Jahre für eine Reihe von Gewerben Gebrauch gemacht. Mit der Er-

lassung weiterer Prüfungsordnungen ist noch zu rechnen. Was die Wiener Gewerbeverwaltung im einzelnen anbelangt, sollen folgende Zahlen die Gewerbebewegung des letzten Jahres aufzeigen: bis 30. November 1960 wurden 744 freie Gewerbe, 3.263 gebundene Gewerbe, 1.171 handwerksmäßige Gewerbe, 1.130 konzessionierte Gewerbe, somit 6.308 neue Berechtigungen im Gewerberegister verzeichnet. Dem stehen 6.582 neue Verzeichnungen im Vorjahr gegenüber. In dem gleichen Zeitraum wurden 8.016 Berechtigungen, davon 5.040 infolge Rücklegung, gelöscht. Im Jahre 1959 waren es 8.188 Gewerbebeendigungen. Die Zahl der neuen Gewerbeberechtigungen ist gegenüber dem Vorjahr um 4.2 Prozent, die Zahl der Gewerbebeendigungen um zirka 2.1 Prozent niedriger.

Schon im vorjährigen, die Magistratsabteilung 64 betreffenden Budgetbericht, wurde darauf hingewiesen, daß die weiter ansteigende Motorisierung eine Überprüfung jener Richtsätze erforderlich machen wird, die eine Verordnung der Wiener Landesregierung aus dem Jahre 1957, für die anlässlich von Bauführungen zu schaffenden Einstellflächen für Kraftfahrzeuge, aufgestellt hat. Ich bin mir zwar durchaus bewußt, sagte Stadtrat Sigmund, daß mit einer Verschärfung dieser Richtsätze eine erhebliche zusätzliche Belastung des Wohnungsbaues sowie der Bauwirtschaft überhaupt verbunden sein wird, ich bin aber der Überzeugung, daß diese Belastung mit Rücksicht auf die ständig steigende Not an Parkraum nicht vermieden werden kann. Ich darf in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß die Wiener Stadtverwaltung durch weitgehende Förderung von Großgaragenbauvorhaben auch das ihre zur Entspannung der Situation auf diesem Gebiet beigetragen hat. Der Entwurf einer Neufassung der Verordnung aus dem Jahre 1957, in Zusammenarbeit aller betreffenden Magistratsdienststellen ist bereits verfaßt. Die Beratungen über diesen Entwurf können daher schon in nächster Zeit aufgenommen werden. Die Arbeitsbelastung der Magistratsabteilung 64 ist, wie die vieler anderer Magistratsabteilungen, weitgehend von der herrschenden Hochkonjunktur im Bausektor beeinflusst. Diese Tatsache ist vor allem in einem Ansteigen der Berufungsfälle in Bauangelegenheiten festzustellen. So sind bis 1. Dezember 1960 schon mehr Berufungen angefallen, als im gesamten Jahre 1959.

Eine Mehrbelastung ergab sich im laufenden Jahr auch dadurch, daß mit Rücksicht auf die steigende Not an baureifen Grundstücken immer häufiger schwierige baurechtliche Fragen, insbesondere solche des Nachbarrechtes, nicht gütlich, sondern im Berufungsverfahren ausgetragen werden mußten. Die gleiche Tatsache verkompliziert auch in zunehmendem Maße die durchzuführenden Parzellierungsverfahren und die Entscheidungen auf diesem Verwaltungsgebiet. Bei den allgemeinen Bausachen überstiegen ebenfalls schon die Anzahl der Geschäftsstücke der Monate Jänner bis November die Gesamtzahl des Vorjahres. Unter diesen Begriff fallen alle jene Bauangelegenheiten erster Instanz, zum Beispiel die Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig und die Votivparkgarage.

Bei den Ersatzausführungen ist gegenüber den Vorjahren ebenfalls eine steigende Tendenz festzustellen. Mit einer weiteren Ausdehnung dieser Geschäftsfälle für das Jahr 1961 ist zu rechnen, weil mit 1. Jänner des kommenden Jahres die volle Instandsetzungs- und Instandhaltungspflicht der Eigentümer von Baulichkeiten auch hinsichtlich der Kriegsschäden wiederhergestellt wurde. Wenn auch zu hoffen ist, daß ein Großteil dieser Schäden aus eigener Initiative der Eigentümer der betreffenden Bauten behoben werden, so muß doch damit gerechnet werden, daß in einzelnen Fällen die Durchführung behördlicher Zwangsmaßnahmen notwendig sein wird.

Die Magistratsabteilung 65 bestand aus der Stammabteilung, die sich mit zivilrechtlichen Angelegenheiten beschäftigte, und dem Dezernat für Grundangelegenheiten. Da den Grundtransaktionen im Rahmen der gesamten Planung der Stadt Wien eine große Bedeutung zukommt, hat der Stadtsenat mit Wirkung vom Mai 1960 das bisher als Teil der Magistratsabteilung 65 bestehende Dezernat zu einer selbständigen Abteilung erhoben. Durch das Ansteigen der Grundtransaktionen und der damit verbundenen Vertragsausfertigungen, grundbücherlichen Durchführung, Lastenfreistellungen und Grundübernahmen, sind auch für die Magistratsabteilung 65 nicht unbedeutende Mehrarbeiten entstanden. Ich möchte in diesem Zusammenhang erwähnen, daß Vertragspartner der Stadt Wien ihre Liegenschaften meistens nur dann verkaufen, wenn sie Geld brauchen oder den Kaufpreis in einer anderen Weise anlegen wollen.

In den wegen des Börsenbrandes gegen die Stadt Wien anhängig gemachten Prozessen ist es geglückt, günstige Vergleiche abzuschließen. In der Konkursache Allgemeine Terrain-Ges.m.b.H. ist die Stadt Wien als Gläubigerin von Forderungen an Kanaleinmündungsgebühren im Gesamtbetrag von zirka 500.000 Schilling beteiligt. Um den Verlust der Stadt Wien auf ein Mindestmaß zu beschränken, mußten die Forderungen der Stadt Wien, soweit es die Rechtslage noch zuließ, grundbücherlich sichergestellt und sodann in Verhandlungen mit dem Masseverwalter und den Käufern der Liegenschaften der Versuch unternommen werden, für die Stadt Wien einen möglichst hohen Prozentsatz dieses Betrages hereinzubringen. Bis jetzt ist es gelungen, mehr als die Hälfte des Rückstandes hereinzubringen.

Die Magistratsabteilung 66 ist das Statistische Amt der Gemeinde Wien. Die Hauptarbeit dieser Magistratsabteilung bildet naturgemäß die Auswertung des statistischen Materials und findet ihren Niederschlag in der jährlichen Herausgabe des "Jahrbuches der Stadt Wien". Darüber hinaus gibt die Magistratsabteilung 66 im Auftrag des Magistrates die periodischen Druckwerke "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung" sowie das "Statistische Taschenbuch" heraus. Für die im Jahre 1961 durchzuführende Volkszählung sind schon jetzt umfangreiche Vorarbeiten notwendig. Der Bevölkerungsstand der Stadt Wien betrug im Jahre 1959 1,663.077 und mit Ende Oktober 1960 1,676.531. Das bedeutet einen Zuwachs von 12.950 oder 0.8 Prozent. Die Zu- und Abwanderungszahlen betragen 1959 22.219 und 1960 21.922, das ergibt nach längerer Zeit wieder einen Verlust von 1.3 Prozent. Neben der Einbürgerungssumme ist für die Vermehrung der Bevölkerung unserer Stadt das erfreuliche Ansteigen der Geburtenzahlen festzustellen.

Auch die Zahlen des Fremdenverkehrs zeigen eine positiv ansteigende Tendenz. Wurden im Jahre 1959 696.133 Fremde gezählt, so waren es 1960 731.301, das ist ein Plus von 5.1 Prozent. Aus Westdeutschland und den USA waren 1960 714.958 Personen, das ist gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs von 11.8 Prozent, in Wien; während aus den Ostländern Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn nur 54.911 gezählt wurden. Dies bedeutet eine Verminderung gegenüber dem Vorjahr um 31.1 Prozent.

Und jetzt einige interessante Zahlen über die Verkehrssituation: 1959 betrug der gemeldete Kraftfahrzeugbestand in Wien

191.451, Ende Oktober 1960 207.294, dies bedeutet eine Vermehrung um 8.3 Prozent. Während bei den Motorrädern ein Rückgang um 7.4 Prozent im Vergleichsraum festzustellen war, stieg der Stand an Personenkraftwagen um 16 Prozent an. In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch die Verkehrsunfälle untersuchen. So erfreulich es ist, daß die Verkehrsunfälle, die 1959 23.335 betrug, 1960 auf 21.915, das heißt um 6.3 Prozent, abgesunken sind, so ist es zutiefst zu bedauern, daß die Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang von 237 1959 auf 271 1960, das ist um 14.3 Prozent, angestiegen sind.

Un nun zur Magistratsabteilung 69, Grundangelegenheiten. Mit Rücksicht auf die große Bedeutung der Grundbeschaffung für die Erfüllung vieler Aufgaben der Wiener Stadtverwaltung, wurden im Jahre 1960 die Grundverkehrsgeschäfte der Stadt Wien besonders intensiv geführt. Das Hauptgewicht der Tätigkeit dieser Abteilung liegt auf dem Gebiete der Grunderwerbungen. In den meisten Wiener Gemeindebezirken, insbesondere in den äußeren Bezirken, wurden Grundstücke in beträchtlichem Ausmaße erworben. Vor allem waren es Baugründe, die zur Bebauung im Rahmen des städtischen Wohnbauprogrammes in Betracht kommen. Bei diesen Erwerbungen mußte die Stadt Wien oft in Konkurrenz mit anderen Bauinteressen treten, dabei aber immer darauf bedacht sein, der Tendenz der Grundpreissteigerung nach Möglichkeit entgegenzuwirken. Jede von der Gemeinde in einem bestimmten Gebiet erbrachte Leistung zieht ein sofortiges Steigen der Grundpreise in diesem Gebiete nach sich. Ein neuer Flächenwidmungsplan, eine neue Siedlung, ein neues Wohnhaus, eine neue Schule oder ein Krankenhaus, Straßen, Brücken, ja sogar Erholungsflächen, alles von der Allgemeinheit Geschaffene, wird von der Bodenspekulation zu einer Bodenpreissteigerung verwendet. Die Erwerbung freier Gründe ist nur in wenigen Fällen möglich. Meist sind die Gründe verpachtet oder vermietet und müssen erst zu einer widmungsgemäßen Verwendung freigemacht werden. Aus dieser Tatsache ergaben sich oft komplizierte Freimachungsverhandlungen und mußten auch wiederholt Ersatzgründe zur Verfügung gestellt werden. Für die Umsiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben, von Handelsgärtnereien und Kleingärten, werden immer wieder Ersatzgründe größeren Ausmaßes benötigt, für deren Be-

schaffung gesorgt werden muß. In den städtischen Assanierungsgebieten schreiten die Grunderwerbungen fort, stoßen aber immer wieder auf schwere Hindernisse. Langwierige, oft jahrelang dauernde Absiedlungs- und Freimachungsverhandlungen müssen durchgeführt werden. Hier und in allen übrigen Fällen, in denen die Stadt Wien genötigt ist, Reste fremden Grundbesitzes, die bereits weitgehend von städtischen Gründen umschlossen sind, zu erwerben, macht sich der Mangel geeigneter Gesetze, ich meine dabei Grundbeschaffungs- und Assanierungsgesetze, empfindlich bemerkbar. Immer wieder kommt es vor, daß Grundeigentümer durch die im öffentlichen Interesse liegenden Bauprojekte der Stadt Wien bei der Veräußerung ihrer Liegenschaft einen unangemessen hohen Gewinn für sich zu erzielen trachten. Stadtrat Sigmund führte dazu einige drastische Beispiele an. So ist entlang der Favoritenstraße, gegenüber der Per Albin Hansson-Siedlung eine größere Wohnanlage projektiert. Das gesamte Gebiet bis auf zwei in der Mitte liegende Riemenparzellen, gehören bereits der Stadt Wien. Mit dem Besitzer einer dieser beiden Parzellen wurden daher im September 1959 die Verkaufsverhandlungen eingeleitet und der Wert der Liegenschaft mit 30 bis 35 Schilling pro Quadratmeter durch die zuständigen Organe des Magistrates geschätzt. Im Frühjahr 1960 teilte der Besitzer der Liegenschaft mit, daß eine Wohnbaugesellschaft bereit sei, 120 Schilling pro Quadratmeter zu bezahlen. Die Stadt Wien war bereit, diesen Preis zu akzeptieren. Der Besitzer hat jedoch die Verhandlungen bis Herbst 1960 wieder hinausgezögert und verlangte dann 200 Schilling pro Quadratmeter. Wenige Tage später erklärte er jedoch, nunmehr 300 Schilling pro Quadratmeter zu beanspruchen. Die beabsichtigte Einführung einer Wertzuwachsabgabe veranlaßte jedoch den Besitzer zu einer Preisreduktion auf 250 Schilling, allerdings unter der Bedingung, daß der Vertrag noch im Jahre 1960 abgeschlossen wird. An Hand dieses einen Beispiels, ich bin aber in der Lage, mehrere gleichartige Fälle aufzuzeigen, glaube ich, habe ich die Notwendigkeit für die Erlassung eines Grundbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes mehr als deutlich aufgezeigt.

Stadtrat Sigmund sagte weiter, er verwahre sich gegen die Vorwürfe, die gestern von Seiten der ÖVP erhoben wurden. Es sei

ihm kein Fall bekannt, in dem eine Absiedlung erzwungen wurde. Im Gegenteil, die Stadt Wien habe um 16 Millionen Schilling Grundstücke an jene abgegeben, die diese Fläche notwendig brauchten. Wenn er aber zuschauen müsse, wie öffentliche Gelder dazu herangezogen werden müssen, um den Egoismus und den Eigennutz einzelner zu befriedigen, dann könne er nicht verstehen, daß nicht der ganze Gemeinderat aufsteht und sagt: Gegen solche Auswüchse muß man doch Mittel haben, um sich zur Wehr zu setzen!

Neben der Erwerbung von Gründen für Bauvorhaben der Stadt Wien wurden auch Gründe zur Vergebung im Baurecht an gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften erworben. Wenn sich die Möglichkeit ergab, Industriebaugründe zu angemessenen Bedingungen zu kaufen, wurde von dieser Gelegenheit Gebrauch gemacht, um diese Gründe im Zuge der Industrieförderung an Industrieunternehmen oder Gewerbetriebe durch Verkauf oder Tausch weiter zu veräußern.

Im Zusammenwirken mit der Stadtplanung erfolgten zahlreiche Grundkäufe zur Schaffung, bzw. Arrondierung und Erweiterung von projektierten Kulturzentren, zur Durchführung von Verkehrsregelungen und Straßeneinbauten, zur Regulierung von Wasserläufen, Errichtung von Schulen, Sport- und Kinderspielanlagen, zur Errichtung von Friedhöfen und Parkanlagen. Auch außerhalb des Wiener Gemeindegebietes wurden unmittelbar in der Nähe der Stadtgrenze liegende Grundflächen gekauft, um teils den Grüngürtel der Stadt zu sichern, teils um Absiedlungsgebiete für Gärtner zu erwerben. Wo ein von der Stadt Wien benötigtes Grundstück durch einen Kauf nicht erworben werden konnte, gelang es häufig im Wege eines Grundtausches zu einem Abschluß zu kommen. Die markantesten Grunderwerbungen des Jahres 1960 waren: Der Kauf von 69.000 Quadratmeter Grund im 10. Bezirk bei der Theodor Sichel-Gasse und Favoritenstraße, große Teile der Kuffnergründe im 12. Bezirk Am Schöpfwerk, im Ausmaß von 77.000 Quadratmetern. Der Erwerb von 15.700 Quadratmeter Baugrund im 16. Bezirk. Der Kauf des Hiller-Besitzes im 22. Bezirk, Stadlau, Hirschstetten, Kagran und Aspern im Ausmaß von 224.000 Quadratmetern, die Erwerbung eines an den Lainzer Tiergarten angrenzenden Teiles des Ordenswaldes in Laab am Walde, im Ausmaß von 936.000 Quadratmetern, und für die Absiedlung von Gärtnerien der Kauf eines zirka 202.000 Quadratmeter großen Grund-

komplexes in Gerersdorf von der Naphta-AG und schließlich die Wünschek-Dreher-Gründe, teils in Wien, größtenteils in Schwechat, im Ausmaß von 1,440.000 Quadratmeter.

Bei den von der Stadt Wien im Jahre 1960 getätigten Grundverkäufen handelt es sich hauptsächlich um zahlreiche kleinere Transaktionen zum Zwecke der Baureifgestaltung privater Liegenschaften. Diese Verkäufe erfolgten auf Grund der zwingenden Bestimmungen der Bauordnung für Wien. Außerdem wurde aber auch eine ganze Reihe von Grundverkäufen durchgeführt, die zum Teil größere Grundflächen zum Gegenstand hatten. Bei diesen Verkäufen handelt es sich durchwegs um Veräußerungen von stadteigenen Industrie- und Gewerbaugründen zur Förderung der Bautätigkeit der Industrie und des Großgewerbes in Wien. Stadtrat Sigmund führt einige Beispiele an. Der Gesamtkredit für Grunderwerbungen im Jahre 1960 ergibt einen Betrag von 215 Millionen Schilling, der auch bis auf einen minimalen Rest verbraucht werden wird. Bis zum 1. Dezember 1960 wurden von der Stadt Wien Grundflächen im Gesamtausmaß von 3,817.605 Quadratmeter um den Gesamtkaufpreis von 188,974.600 Schilling erworben. Diese neu erworbenen Grundflächen der Stadt Wien entsprechen dem Flächenausmaß der Bezirke Wieden und Margareten. Nach dem 1. Dezember 1960 wird noch eine große Zahl von Grunderwerbungen zur Genehmigung gelangen. Da diese Erwerbungen in den genannten Beträgen nicht enthalten sind, werden sich die genannten Zahlen bis zum Jahresende noch beträchtlich erhöhen und wird der aufgewendete Geldbetrag nahe an den genehmigten Gesamtkredit von 215 Millionen Schilling herankommen.

Und nun zu den rechtlichen Verkehrsangelegenheiten, die den Aufgabenkreis der Magistratsabteilung 70 bilden. Als das wichtigste Ereignis des Berichtjahres in Bezug auf die Tätigkeit der Magistratsabteilung 70 ist die am 6. Juli 1960 erfolgte Beschlußfassung des Nationalrates über die Straßenverkehrsordnung 1960 anzuführen. Die Neufassung des österreichischen Straßenpolizeirechtes war nach dem Inkrafttreten des Genfer Abkommens über den Straßenverkehr und des Protokolles über Straßenverkehrszeichen zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden. In dem vom Handelsausschuß des Nationalrates eingesetzten eigenen Unterausschuß waren die Vertreter des Landes Wien wegen der gerade die Wiener Verkehrslage betreffenden Fragenkomplexes beratend tätig

und gaben dazu ihre Stellungnahme ab. Wie allgemein bekannt, tritt die Straßenverkehrsordnung 1960 mit 1. Jänner 1961 in Kraft. Zugleich mit der Beschlußfassung über die Straßenverkehrsordnung 1960 hat der Nationalrat eine Änderung der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung auf dem Gebiet der Straßenpolizei vorgenommen. Auf Grund dieser neuen Kompetenzverteilung ist die Straßenpolizei gemäß Artikel 11, Absatz 1, des Bundesverfassungsgesetzes in der Gesetzgebung Bundessache, in der Vollziehung Landessache, wobei es einerlei ist, ob es sich um Bundesstraßen oder andere Straßen, etwa Landes- oder Gemeindestraßen, handelt. Inwieweit im örtlichen Wirkungsbereiche von Bundespolizeibehörden diesen Behörden auf dem Gebiet der Straßenpolizei die Vollziehung übertragen wird, wird gemäß Artikel 15, Absatz 4, des Bundesverfassungsgesetzes durch übereinstimmende Gesetze des Bundes und des betreffenden Landes geregelt. Das entsprechende Landesgesetz wurde daher am 11. November 1960 vom Wiener Landtag beschlossen. In zahlreichen Beratungen mit den beteiligten Dienststellen war es daher notwendig, für einen reibungslosen Rechtsübergang vom Straßenpolizeigesetz 1946, bzw. der Straßenpolizeiordnung 1947, zur Straßenverkehrsordnung 1960 vorzusorgen. Da die auf das Straßenpolizeigesetz 1946 gestützte Verordnung über die Sicherung und Benützung schienengleicher Eisenbahnübergänge in der derzeit geltenden Fassung gleichfalls am 31. Dezember 1960 außer Kraft tritt, hat das Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft den Entwurf einer neuen Verordnung ausgearbeitet und den Ländern zur Stellungnahme übersendet. Mit der Verlautbarung dieser neuen Verordnung ist noch vor dem 31. Dezember 1960 zu rechnen. Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 9. Oktober 1959 das Wiener Schienenstraßenparkverbot als gesetzwidrig aufgehoben und für das Außerkrafttreten der Verordnung eine Frist bis zum 15. April 1960 bestimmt. Der Entwurf des neuen Wiener Schienenstraßenparkverbotes wurde am 5. April 1960 von der Wiener Landesregierung beschlossen. Die guten Erfahrungen mit der Kurzparkzone in Teilen des 1. Wiener Gemeindebezirkes bestimmte die Parkkommission auch für Teile des 6. und 7. Bezirkes, beiderseits der Mariahilfer Straße Kurzparkzonen vorzuschlagen.

Der Entwurf einer Verordnung über die beiden Kurzparkzonen im 6. und 7. Bezirk wurde am 1. Juni 1960 von der Wiener Landesregierung beschlossen.

Für die Feuerwehr sind im Voranschlag 1961 89,612.700 Schilling eingesetzt. Von den Ausgaben entfallen auf den Personalaufwand 70,059.600 Schilling, auf den Sachaufwand 19,553.100 Schilling. Um die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr nicht zu beeinträchtigen, muß die Stadt Wien jedes Jahr beträchtliche Summen dafür ausgeben, um die Geräte und Ausrüstungen unserer Feuerwehr auf den Stand der technischen Entwicklung zu bringen. So sind für das Jahr 1961 beim Fahrpark die Anschaffung von zwei schweren Löschfahrzeugen, zwei Schaumlöschfahrzeugen und der Aufbau eines Taucherwagens vorgesehen. Die technische Ausrüstung wird durch die Anschaffung von zwei Strahlenmeßgeräten, vier tragbaren Stahlschiebeleitern, vier leichten Taucheranzügen und verschiedenen anderen technischen Geräten erweitert. Aber auch die Nachrichtenanlagen unserer Feuerwehr müssen ständig auf den letzten Stand der technischen Entwicklung gebracht werden. So ist für das kommende Jahr die Fertigstellung der zentralen Fernschreibeinrichtung, Anschaffung von fünf UKW-Fahrzeugstationen, zehn Wechselsprechanlagen für die Kommandantenwagen und zwei tragbaren Netzgeräten vorgesehen. Ich habe schon eingangs meiner Rede darauf hingewiesen, daß für den Neubau von zwei Feuerwachen größere Mittel bereitgestellt werden mußten. So wird die Stadt Wien für die neu zu erbauende Feuerwache Rudolfshügel mit einem Gesamterfordernis von dreieinhalb Millionen Schilling für das kommende Jahr als erste Rate zwei Millionen Schilling, und für die neu zu erbauende Feuerwache Stadlau, mit einem Gesamterfordernis von viereinhalb Millionen Schilling, ebenfalls als erste Rate zwei Millionen Schilling bereitstellen. Bei der Zentralfeuerwache, damit ist das Haus Am Hof 7 gemeint, ist die Instandsetzung der Fassade sowie der Alarmtore notwendig. In einer Reihe von Hauptfeuerwachen und Feuerwachen sind verschiedene bauliche Herstellungen notwendig und dafür 2,8 Millionen Schilling vorgesehen. In der Zeit vom 1. November 1959 bis 31. Oktober 1960 ist die Wiener Feuerwehr zu neun Großbränden, 65 Mittelbränden, 1.316 Kleinbränden und 95 Rauchfangbränden ausgerückt. Aber auch anläßlich der Unwetterkatastrophe, die im Juni über unsere Stadt hereinbrach, hatte

unsere Feuerwehr bei 176 Ausrückungen Hilfe zu leisten. Wir sind heute noch tief erschüttert, daß die Feuerwehrmänner Georg Hofmeister, Johann Schippany, Anton Seemann und Otto Perschlinghofer während ihrer Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit durch einen Verkehrsrowdy ihr Leben lassen mußten und Leopold Schick schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht wurde. Um derartige tragische Unglücksfälle zu verhindern, haben wir die für solche Einsätze vorgesehenen technischen Einrichtungen verbessert und noch ausgebaut. Ich glaube nun sagen zu können, erklärte Stadtrat Sigmund, daß nach menschlichem Ermessen alles unternommen wurde, um eine Wiederholung zu verhindern.

Während wir voriges Jahr anlässlich der Budgetdebatte feststellen konnten, daß die Fehlanzeigen um 40 zurückgegangen sind, muß ich heute zu meinem Bedauern feststellen, daß sich die Zahl von 226 im Jahre 1959 auf 261 im Jahre 1960 erhöht hat. Die Summe der Alarmfälle betrug 1960 6.675.

Die Pressestelle der Stadt Wien hat für 1961 Einnahmen von 2,701.200 Schilling und Ausgaben in der Höhe von 2,500.800 Schilling eingesetzt. Hiezu kommen noch der anteilige Personal- und Sachaufwand. Die "Rathaus-Korrespondenz" erscheint, wie schon in den letzten Jahren, täglich zweimal oder dreimal. Das "Amtsblatt der Stadt Wien" erscheint wöchentlich zweimal, das sind 104 Nummern im Jahr. Die Auflage für das kommende Jahr wird mit durchschnittlich 4.500 Stück angenommen. Davon sind mehr als 2.300 zahlende Abonnenten, das ergibt gegenüber 1960 eine Erhöhung von rund 100 Stück. Das "Landesgesetzblatt für Wien" hat eine Auflage von 1.900 Stück. Sein Umfang läßt sich jetzt noch nicht bestimmen, weil er von der Zahl und dem Umfang der im kommenden Jahr zu beschließenden Gesetze abhängig ist. Die Auflage des "Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers" wird für das nächste Jahr mit 4.000 Stück angenommen. Er erscheint in Abständen von sechs Wochen. Durch den Tauschanzeiger wird noch immer eine Reihe von Wohnungswünschen erfüllt, ohne daß die Stadtverwaltung eine neue Wohnung zur Verfügung stellen muß. Auch der Bilderdienst wird im kommenden Jahr im bisherigen Rahmen seine Arbeit fortsetzen und die in- und ausländische Presse mit aktuellen Fotos versorgen.

Im Jahre 1960 fanden aus Anlaß von 18 Kongressen, 32 internationalen Tagungen und 78 verschiedenen anderen Anlässen ins-

gesamt 128 Empfänge statt. Die Zahl der an diesen Empfängen teilnehmenden Gäste erreichte 18.747 Personen. Das waren um 1.623 mehr als 1959. Die Zahl der Ausländer, die im Wiener Rathaus empfangen wurden, betrug 13.329. An Pressekonferenzen, Exkursionen und Führungen nahmen 1.032 Personen teil. Eine Reihe von Staatsbesuchen im vergangenen Jahr brachte für das Präsidialbüro bedeutende Mehrarbeiten. 324 Neunzigjährige und sechs Hundertjährige wurden durch Überreichung einer Ehrengabe durch den Bürgermeister geehrt. Die Anmeldung zur Ehrung von Goldenen Hochzeiten erreichte im abgelaufenen Jahr eine Rekordhöhe. So wurden zehn Eiserne, 80 Diamantene und 931 Goldene Jubelpaare geehrt. Für das kommende Jahr ist mit einem weiteren Ansteigen der Ehrungen zu rechnen.

Stadtrat Sigmund dankte abschließend den Mitgliedern seines Gemeinderatsausschusses für ihre sachliche und tatkräftige Mitarbeit und ersuchte um Annahme der Ansätze der Geschäftsgruppe XI. (Beifall bei SPÖ und ÖVP)

Die Debatte über Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

GR. Hausner (KLS) ist der Meinung, daß so wie in der Ersten Republik auch in der Zweiten Republik 15 Jahre nach ihrer Errichtung bestimmte Kräfte versuchen, die demokratischen Einrichtungen zu beseitigen. Eine demokratische Körperschaft soll das beachten. Man kann nichts dagegen haben, wenn selbst Mitglieder dieser Körperschaft eine Kur in Pöcking für besser halten als in Schallerbach. Aber wir werden uns sehr dagegen wehren, wenn dieser "Jungbrunnen" nach Österreich verpflanzt werden sollte.

Bei den Bezirksvertretungen behindere die gegenwärtige Geschäftsordnung geradezu die demokratische Tätigkeit. Die Bezirksräte sollten wirklich zu Organen des demokratischen Lebens werden und nicht nur Aufgaben eines Amtsdieners erledigen. Die bestehende Geschäftsordnung erschwert die Initiative der Bezirksräte und schränkt die Diskussionsfreiheit ein. In einem Resolutionsantrag fordert der Redner, die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen zu verbessern und für eine öffentliche Bekanntgabe der Sitzungen der Bezirksvertretungen zu sorgen. Weiter fordert er, die Bevölkerung mehr als bisher zur Mitarbeit heranzuziehen und auch hin-

sichtlich der Gebietsveränderungen zu befragen.

GR. Hausner wendet sich dann der Frage der Bodenbeschaffung zu und erklärt, daß es für die Volkspartei charakteristisch ist, daß sie im Gemeinderat die Notwendigkeit eines Bodenbeschaffungsgesetzes anerkennt, im Parlament aber bisher nichts getan hat. Ist es notwendig, daß die Arbeiter und Angestellten Millionenbeträge aufbringen müssen, weil die Gemeinde den notwendigen Grund unbedingt braucht? Die Gemeinde hat das Recht, im Interesse der Öffentlichkeit die Enteignung einzuleiten. Sie wird mit der bisher geübten vornehmen Methode nicht auskommen. Man kann nicht Millionen für diese Spekulanten und Erpressermethoden opfern. In einem Resolutionsantrag, den der Redner einbringt, wird darauf hingewiesen, daß seit Jahren schamlos Wucher mit Grund und Boden betrieben wird, was es der Gemeinde außerordentlich erschwert, die im Interesse der gesamten Wiener Bevölkerung gelegene Aufgabe zu erfüllen. Der Gemeinderat soll von der Bundesregierung verlangen, für die Schaffung eines Gesetzes zu sorgen, das es der Bundeshauptstadt ermöglicht, notwendige Grundstücke auf kurzem Wege und nicht zu erhöhten Preisen zu erwerben. In dem Zusammenhang wendet sich der Redner auch dagegen, daß von Ausländern in manchen Gebieten Österreichs der Grund zu horrenden Preisen aufgekauft wird und fordert entsprechende Schutzmaßnahmen, damit nicht zur einheimischen Spekulation noch die ausländische dazukommt.

Der Redner richtet die Frage an Stadtrat Sigmund, wieso die Magistratsabteilung 70 auf die Preisgestaltung bei den privaten Autobuslinien Einfluß nehmen kann. Eine private Autobuslinie habe, über eine vorgenommene Preiserhöhung befragt, erklärt, daß diese auf Wunsch der Magistratsabteilung 70 durchgeführt worden wäre. Ein derartiges Vorgehen wäre ein großes Unrecht.

Den Ausführungen des Stadtrates bezüglich der Feuerwehr könne er sich nur anschließen. Ein Wunsch, die Einstufung der Feuerwehrleute betreffend, sei jedoch noch offen. Der Redner stellt daher den Beschlußantrag, alle Maßnahmen zu treffen, damit die Feuerwehrbediensteten und die Bediensteten der Gemeindewache die Eingangsgruppe D erhalten. Es müßte ihnen auch die Möglichkeit gegeben werden, mit sechs Dienstjahren die Chargenschule zu besuchen und nach Ablegung der Prüfung in die Verwaltungsgruppe C eingereiht zu werden. ./. .

Im übrigen werde seine Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe die Zustimmung geben.

GR. Dr. Broesigke (FPÖ) stellt mit Bedauern fest, daß das für 1960 versprochene Straßenverwaltungsgesetz und ein Elektrizitätsgesetz auch heuer noch nicht geschaffen wurden. Es handelt sich hier um zwei Materien, die dringend einer Regelung bedürfen. Dringend notwendig wäre auch die Neuschaffung oder zumindest Generalüberholung der Bauordnung. Auch unsere Stadtverfassung wäre in vielen Punkten zu verbessern, ebenso wie unsere Wahlordnung, die Geschäftsordnungen und insbesondere das Organisationsstatut für die Städtischen Unternehmungen. Beim Organisationsstatut wäre vor allem die Bestimmung bezüglich der Vertraulichkeit des Ausschusses XII zu ändern. Nach der heutigen Lage ist es einem Gemeinderat, der diesem Ausschuss nicht angehört, überhaupt nicht möglich, sich vor der Sitzung über ein Geschäftsstück zu informieren und bei der Sitzung nur dann, wenn es referiert wird. Diese Bestimmung des Organisationsstatutes stehe keinesfalls im Einklang mit der Verfassung.

Auf dem Sektor der Bezirksvertretungen muß die Forderung nach Demokratisierung der Verwaltung erhoben werden. Es gehe nicht an, daß zum Beispiel ein Bezirksvorsteher einen Bezirksrat überhaupt nicht zu Wort kommen läßt oder ihn gar verunglimpft. Derartige Vorfälle haben sich leider ereignet. Eine wesentliche Frage sei auch die der Freistellung der Bezirksräte. Bei der Gemeinde geschehe dies ja klaglos. Anders ist es aber beim Bund. Der Redner richtet an Stadtrat Sigmund die Bitte, bei den zuständigen Bundesbehörden diesbezüglich zu intervenieren.

Die Magistratsabteilung 64 habe zweifellos im Sinne einer gesunden Bodenpolitik große Bedeutung. Manchmal scheint es hier aber, daß man sich von den Vorschriften tyrannisieren lasse. Die gesetzlichen Bestimmungen auf diesem Sektor müßten viel elastischer sein und den modernen Erfordernissen Rechnung tragen.

Bezüglich der Feuerwehr können die Ausführungen des Referenten nur unterstrichen werden. Als unklar bezeichnet der Redner die Aufgabe der Inspektionsrauchfangkehrer.

Stadtrat Sigmund habe hinsichtlich der Frage der Bodenankäufe Stellung genommen und zwei Beispiele angeführt, die beide sehr eindrucksvoll waren. Es wird sicherlich niemand das Verhalten

dieser beiden Grundeigentümer billigen. Die Gemeinde Wien müßte alles unternehmen, um solche Vorkommnisse zu verhindern. Schließlich gibt es doch rechtliche Möglichkeiten, um sich bei Verhandlungen zwecks Grundkäufen rechtlich sicherzustellen und damit zu vermeiden, daß der Preis ständig weiter hinaufgeschraubt wird. Auch die beabsichtigte Einführung der Wertzuwachsabgabe würde einen falschen Zweck erfüllen, wenn diese Abgabe sofort auf den Grundpreis draufgeschlagen wird. Beim Kauf von Grundanteilen, bei denen man nur mit einem Teil der Verkäufer zu einer Einigung kam, müßte eine sogenannte Teilungsklage eingebracht werden, durch die der Besitzer des restlichen Grundstücksteiles zum Verkauf gezwungen werden kann. Es müßten auf diesem Gebiete alle Möglichkeiten der Verwaltung ausgeschöpft werden, um bessere Erwerbsbedingungen zu erreichen. Ein Bodenbeschaffungsgesetz wäre eben dringend erforderlich. Man müßte auch von dem Recht der Enteignung Gebrauch machen.

Schließlich gibt es in Österreich das Recht der Enteignung seit dem Jahre 1811. Auch andere Kulturstaaten haben derartige Gesetze. Das Enteignungsverfahren müßte jedoch einer Instanz übertragen werden, die mit dem Enteignungswerber selbst nichts zu tun hat.

Bei der Besprechung der Magistratsabteilung 70 hat man von den neuen Parkvorschriften gehört. Leider muß man befürchten, daß der Verfassungsgerichtshof auch diese Regelung aus formalen Gründen wieder aufheben wird. Der Magistrat müßte nach einer Lösung suchen, die allen formalen Notwendigkeiten entspricht, sodaß die Gefahr einer neuerlichen Aufhebung gebannt ist. Auf dem Verkehrssektor fordert der Redner ein Fahrverbot im Prater mit Ausnahme der Hauptallee. Sollte es nicht anders gehen, dann wäre dieses Fahrverbot zumindest für die Samstage und Sonntage zu erlassen.

Im übrigen stimme seine Fraktion den Ansätzen zu.

GR. Kowarsch (ÖVP) verweist auf die umfangreichen Agenden der Verwaltungsgruppe XI, die mit einem verhältnismäßig geringen Personalaufwand bewältigt werden muß. Die Magistratsabteilung 61, sagt er, die im Jahr 87.000 Auszüge aus der Heimatrolle herzustellen hat, muß mit einem kleinen Stab von Bediensteten auskommen und es ist begreiflich, daß es unter diesen Umständen zu Beginn der Hauptreisesaison zu Verzögerungen bei der Beschaffung

der Auszüge kommen könne. Er regt an, man möge schon im Frühjahr durch Pressemeldungen die Bevölkerung einladen, ihre Reisedokumente rechtzeitig zu besorgen. Bei der Behandlung der Ansätze der Magistratsabteilung 62 bemängelt der Redner an einigen Beispielen die Unentschlossenheit der Polizeiorgane beim Schutz unserer Parkanlagen. Er schildert zwei Fälle, in denen die Polizisten ohne zu intervenieren, Akten des Vandalismus von Jugendlichen zusahen. Im Zusammenhang verweist er auf die zunehmenden Belästigungen der Bevölkerung durch undisziplinierte Mopedfahrer. Auch hier bemängelt er die wünschenswerte Aktivität der Polizei. Er ersucht den Referenten, die leitenden Polizeiorgane auf diese Übelstände aufmerksam zu machen.

Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen erinnert er daran, daß seine Fraktion seit langem eine Novellierung der Verfassung der Stadt Wien anstrebe. In der heutigen Fassung entspreche sie nicht mehr der Zeit. Die Vermehrung der Rechte der Bezirksvertretungen bezeichnet er als den Wunsch aller Fraktionen. (Beifall bei der ÖVP.)

Er führt dann Beschwerde gegen das Pfuscherunwesen und ist der Meinung, man müßte auch hier energischere Maßnahmen ergreifen, um die anständigen Gewerbetreibenden, die stets ihrer Steuerverpflichtung nachkommen, zu schützen. Als christlicher Gewerkschafter ist er der Ansicht, daß es nicht der Zweck der gewerkschaftlichen Bemühungen sein könne, den Menschen die Arbeitszeit zu verkürzen, nur um ihnen mehr Gelegenheit zu geben, zum Nachteil ihrer Gesundheit in der Freizeit Pfuscherarbeit zu leisten. Er bittet den Stadtrat, der Gewerkschaft diesen Standpunkt klarzulegen. Seine Fraktion, führt er weiter aus, habe bereits im vergangenen Jahr eine Familienzählung angeregt. Eine solche Zählung könnte im kommenden Jahr im Rahmen der bevorstehenden Volkszählung durchgeführt werden.

Zu den Ansätzen für die Feuerwehr bedauert der Redner, daß keine Mittel für die Hauptfeuerwache Leopoldstadt bereitgestellt wurden. Die Diensträume dieser Hauptfeuerwache, die Spezialaufgaben zu erfüllen hat, sind so beengt, daß die Übungen der Feuerwehrmänner in einem benachbarten Gemeindebau stattfinden. Es wäre daher wünschenswert, würde dieser wichtige Stützpunkt unserer

Feuerwehr bald ein neues Gebäude bekommen. Er ersucht den Referenten, er möge den Gemeinderat über den derzeitigen Stand der technischen Ausrüstung der Wiener Feuerwehr informieren.

GR. Kowarsch wendet sich dann dem Kapitel Grundankäufe zu und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es auch im kommenden Jahr für die bereitgestellten 70 Millionen Schilling gelingen werde, günstige Grunderwerbungen durchführen zu können, um alle Bauvorhaben zu ermöglichen, die im Interesse der Bevölkerung notwendig sind. Der Redner hofft, daß sich darunter auch einige für Sportanlagen geeignete Grundstücke befinden werden. Er erklärt, daß seine Fraktion sich wiederholt gegen Grundspekulationen ausgesprochen habe.

Abschließend beschäftigt er sich mit Verkehrsfragen. Er stellt mit Genugtuung fest, daß sich auch gewisse Ansätze in der Lösung der Frage der zweiten Verkehrsebene bemerkbar machen. Es müßte aber auch mehr für die Fußgänger getan werden, am besten durch Schaffung von Reservaten unter völligem Ausschluß des motorisierten Verkehrs. Im Zusammenhang ersucht er den Referenten dahin zu wirken, daß der Generalverkehrsplan termingemäß vorgelegt wird. Schließlich regt er die Einberufung einer internationalen Enquete an, die sich mit der Lärmlage und der Luftverschlechterung in Wien beschäftigen soll. Seine Fraktion wird den Ansätzen der Verwaltungsgruppe XI zustimmen.

Als nächster Redner hat sich GR. Lauscher (KLS) zu Wort gemeldet und beginnt über das Österreichische UNO-Kontingent im Kongo zu sprechen. Daraufhin heftige Zwischenrufe von der ÖVP. Der Vorsitzende GR. Fürstenhofer ersucht den Redner wiederholt, zur Sache zu sprechen, worauf sich GR. Lauscher darauf beschränkt, einen Antrag zu verlesen, nach dem der Gemeinderat an die Bundesregierung appellieren solle, das UNO-Kontingent aus dem Kongo zurückzuziehen.

Als letzter Debattenredner spricht GR. Svetelsky (SPÖ), der die gute Zusammenarbeit im zuständigen Gemeinderatsausschuß besonders hervorhebt. Man habe in der Debatte die Höhe der Präsidialausgaben kritisiert. Die für 1961 vorgesehenen Empfänge und Feierlichkeiten belasten jedoch die Wiener pro Kopf und Monat mit nur 14 Groschen. In den Jahren von 1934 bis 1945 waren diese Ausgaben wesentlich höher, besonders in der Zeit von 1938 bis 1945.

Über die Pressestelle der Stadt Wien und ihre Einrichtungen, sagt der Redner, daß sich die Pressestelle außerordentlich bemüht,

ein guter Mittler zwischen Gemeindeverwaltung und Bevölkerung zu sein und die Leistungen der Gemeinde Wien besonders hervorzuheben.

Über die Feuerwehr der Stadt Wien haben alle Redner lobend gesprochen, und er könne sich den anerkennenden Worten nur anschließen.

Der Redner führt dann noch weitere Beispiele dafür an, welches großes Ausmaß die Bodenspekulation in Wien angenommen hat. Er erinnert daran, daß für die 54 Quadratmeter der Meisl-Ecke beim Bau der Opernpassage pro Quadratmeter 8.500 Schilling bezahlt werden mußten. Die Verhinderung eines Bodenbeschaffungsgesetzes, so stellt GR. Svetelsky ausdrücklich fest, bedeute jedenfalls keinen Schutz für die kleinen Grundbesitzer, sondern für die Großgrundbesitzer und deren Vermittler.

Lobende Worte findet der Redner auch für die Pflichterfüllung der Wiener Polizei. Seit einigen Jahren hat sich in Wien bei den Kraftfahrern die Sitte eingebürgert, zur Weihnachtszeit den Polizisten Geschenke zu machen. Er wisse zwar, daß die Polizisten diese Pakete nicht selbst verwenden, sondern ihren Wohlfahrts-einrichtungen zur Verfügung stellen. Trotzdem möchte er anregen, um auch nur den Anschein einer Bevorzugung zu vermeiden, daß Autofahrer ihre Spenden direkt den Wohlfahrtseinrichtungen übermitteln.

Die neue Straßenverkehrsordnung müsse ohne Rücksicht auf Stand und Herkunft mit voller Strenge angewendet werden.

Die Ausführungen des ÖVP-Redners über das Pfuscherwesen könne er nur unterstreichen, doch solle auch die Kammer der gewerblichen Wirtschaft zur Bekämpfung der Pfuscher beitragen.

Mit dem Dank an die Bediensteten der Geschäftsgruppen XI und mit dem Wunsch auf weitere gute Zusammenarbeit erklärt der Redner abschließend, daß seine Fraktion den Ansätzen dieses Kapitels die Zustimmung geben werde. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Sigmund meint in seinem Schlußwort zunächst, er sei es gewohnt, daß alles, was in anderen Geschäftsgruppen nicht unterzubringen ist, in seiner Gruppe behandelt werde. Aber die Behandlung von Problemen im Kongo gehe entschieden über seine Kräfte. Er bitte daher den Antrag der Kommunisten abzulehnen.

Im folgenden beschäftigt sich der Referent mit den Ausführungen der Debattenredner. Er weist darauf hin, daß die Ver-

fassung der Stadt Wien nur deshalb neu aufgelegt wurde, weil keine Exemplare mehr vorhanden waren. Im übrigen sei es ja in den Verhandlungen bisher zu keinem Ergebnis gekommen. Auch für die Wünsche nach weiterer Demokratisierung der Bezirksvertretungen gelte, daß hier bisher nur Verhandlungen stattgefunden haben. Er werde jedoch die in der Debatte geäußerten Wünsche zusammenfassen und an den Magistrat weiterleiten.

Von einer bürokratischen Arbeit bei den Grunderwerbungen könne keine Rede sein, in dieser Abteilung gebe es weder bürokratische noch engherzige Auslegungen.

Die Feuerwehr habe schon jetzt dafür gesorgt, auch in höheren Häusern eine wirksame Feuerbekämpfung zu garantieren. In der neuen Bauordnung werden entsprechende gesetzliche Bestimmungen vorgesehen sein.

Das Pfuscherunwesen wird seit Jahren von den Kammern, den Gewerkschaften und allen hiezu berufenen Institutionen bekämpft. Auch die Gemeinde wirkt dabei mit.

Die Fahrpreiserhöhung bei der Firma Lohberger ist darauf zurückzuführen, daß das Bundesministerium für Verkehr Richtlinien über die Gestaltung des Fahrpreises erlassen hat, um die Sicherheit des Fahrparks zu gewährleisten. Anlässlich des Ablaufs der Konzession mußte die Firma darauf aufmerksam gemacht werden, daß ihre Preise den Bestimmungen der Tarifordnung des Ministeriums nicht entsprechen.

Schließlich greift der Stadtrat die Anregung auf, die Bevölkerung aufzufordern, rechtzeitig vor Beginn einer Reise die Papiere in Ordnung zu bringen, damit dann ein Andrang vermieden werden kann. Er bittet die Presse, diese Aufforderung zu gegebener Zeit zu publizieren. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Damit sind die Beratungen über die Gruppe XI beendet.

Gemäß dem Antrag des Stadtrates beschließt der Gemeinderat einstimmig, die Ansätze der Geschäftsgruppe XI anzunehmen.

Die drei Resolutionsanträge des GR. Hausner werden einhellig dem Magistrat, bzw. den zuständigen Ausschüssen, zugewiesen. Der Antrag des GR. Lauscher über den Kongo-Einsatz wird abgelehnt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Wiener Landtag genehmigt Auslieferungsantrag
=====

21. Dezember (RK) Der Wiener Landtag hielt heute unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek eine kurze Sitzung ab, in der Landtagsabgeordneter Dr. Bohmann (SPÖ) über einen Antrag des Immunitätskollegiums um Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Josef Plechl (SPÖ) wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre berichtete. Landtagsabgeordneter Plechl hat seine Auslieferung selbst beantragt. Bei der Abstimmung wurde dem Antrag des Immunitätskollegiums stattgegeben.

- - -

Angelobung eines neuen Bezirksrates
=====

21. Dezember (RK) Heute wurde von Stadtrat Sigmund in Vertretung des Bürgermeisters im Wiener Rathaus Ing. Hellmuth Weissinger (21. Bezirk) als neu berufener Bezirksrat angelobt. Senatsrat Wawrusch verlas die Gelöbnisformel. Der neue Bezirksrat leistete Stadtrat Sigmund mit Handschlag das Gelöbnis.

- - -

Weihnachtsfeier im Altersheim Liesing
=====

21. Dezember (RK) Gestern abend fand im Altersheim der Stadt Wien in Liesing eine Weihnachtsfeier statt, bei der Bürgermeister Jonas und Bezirksvorsteher Radfux den Pflinglingen die besten Wünsche übermittelten. Eine Ballettgruppe unter Leitung von Prof. Heller verschönte den Abend.

- - -

70. Geburtstag von Josef Hopmann
=====

21. Dezember (RK) Am 22. Dezember vollendet o. Univ.-Prof. Dr. Josef Hopmann das 70. Lebensjahr.

In Berlin geboren, promovierte er in Bonn, wo auch seine Habilitierung für Astronomie erfolgte. 1930 erhielt er die Berufung zum Ordinarius und Direktor der Universitätssternwarte in Leipzig. 1945 übersiedelte er nach Hannover, 1951 nach Wien. Hopmann hat neben seiner Lehrtätigkeit vor allem auf dem Spezialgebiet der Meridiankreis- sowie der photometrisch-kolorimetrischen Beobachtung zahlreiche Arbeiten veröffentlicht. Sein Hauptwerk trägt den Titel "Fixsternkataloge und Fixsternparalaxen". Er ist Herausgeber der "Mitteilungen der Universitätssternwarte Wien" und Mitglied der Österreichischen, der Sächsischen Akademie der Wissenschaften in Leipzig sowie der Academia Pontificia in Rom.

- - -

75. Geburtstag von Hans Gerstinger
=====

21. Dezember (RK) Am 23. Dezember vollendet Univ.-Prof. i.R. Dr. Hans Gerstinger das 75. Lebensjahr.

In Groß-Haslau, Niederösterreich, geboren, studierte er an der Wiener Universität Latein und Griechisch, Geschichte und Germanistik und wurde Beamter der späteren Nationalbibliothek, wo er bis 1936, zuletzt als Direktor der Papyrus- und Handschriften-sammlung, tätig war. Bereits 1928 hatte er sich für klassische Philologie, Byzantinistik und Papyruskunde habilitiert. 1940 erfolgte seine Berufung zum Ordinarius nach Graz, 1956 seine Emeritierung. Professor Gerstinger, dem die Rektors- und Dekanswürde übertragen wurde und der wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ist, hat als Herausgeber und Fachautor sowie als akademischer Lehrer eine außerordentlich fruchtbare Tätigkeit ausgeübt. Von ihm stammt auch die Farbdruckausgabe jener frühmittelalterlichen Dichtung, die als "Wiener Genesis" berühmt ist.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Die Städtischen Unternehmungen

=====

Über die Geschäftsgruppe XII, Städtische Unternehmungen, berichtet Stadtrat Schwaiger (ÖVP). Er sagt einleitend: Nach den elf fetten Kapiteln der Hoheitsverwaltung kommt nun das magere und an ständiger Auszehrung leidende zwölfte Kapitel genannt "Städtische Unternehmungen". Es ist das letzte und ein Beweis dafür, daß Sprichwörter nicht immer wahr sein müssen, denn sonst müßte es eigentlich das beste sein. Dabei sieht die Situation auf den ersten Blick gar nicht so uneben aus, wenn man nämlich feststellt, daß die Hoheitsverwaltung für das Jahr 1961 ein Defizit von 175 Millionen Schilling ausweist und die Städtischen Unternehmungen ein solches von 183 Millionen Schilling. Wenn man aber dann genauer hinsieht, erkennt man gleich den krassen Unterschied der beiden Budgets. Während das Defizit der Hoheitsverwaltung 2.9 Prozent der Ausgaben beträgt, macht es bei den Städtischen Unternehmungen 5.9 Prozent des Aufwandes aus. Aber darüber hinaus besteht noch ein wesentlicher Unterschied in den beiden Defizitsummen. Während der Finanzreferent der Hoheitsverwaltung sich bemühen mußte, ein Defizit zu Wege zu bringen - denn welcher Finanzreferent legt schon ein aktives Budget vor - und dies durch eine sehr, sehr vorsichtige Schätzung der Einnahmen erreichte, - so nimmt er zum Beispiel bei der Schätzung der gemeindeeigenen Steuern und Abgaben gegenüber den schon feststehenden Zahlen von 1959 nur einen Mehrerlös von fünf Millionen Schilling an - mußten die städtischen Unternehmungen gerade den umgekehrten Weg gehen. Um das Defizit in einer halbwegs erträglichen Höhe halten zu können und um vor allem bei den Verkehrsbetrieben für die laufenden Investitionen doch einige wenige Millionen freizubekommen, mußten die Einnahmen bei Gas- und E-Werk für das Jahr 1961 sehr optimistisch geschätzt werden und wir können nur hoffen, daß dieser Optimismus berechtigt ist, wobei ich aber auch nicht unausgesprochen lassen will, daß die Direktionen der beiden Werke nicht ganz unserer Meinung sind.

Im ganzen gesehen ergibt der Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1961 folgendes Bild:

Dem Gesamtaufwand von 3.276,981.000 Schilling steht ein geschätzter Gesamterlös von 3.093,453.000 Schilling gegenüber und weist somit das schon erwähnte Defizit von 183,528.000 Schilling aus. Es muß allerdings festgestellt werden, daß das Defizit 1961 gegenüber 1960 von 197 Millionen Schilling um 14 Millionen Schilling gesunken ist, was vor allem auf die wirklich hervorragenden und unbedingt aner kennenswerten Leistungen und Erfolge der Gas- und E-Werke im Jahre 1960 zurückzuführen ist. Und wir haben nun den Mut, anzunehmen, daß dieser Erfolg auch im Jahre 1961 anhalten wird und haben für 1961 Mehrerlöse von insgesamt 136 Millionen Schilling in Ansatz gebracht, denen allerdings auch Mehraufwendungen in der Höhe von 122 Millionen Schilling gegenüberstehen.

Der erwartete Mehrerlös 1961 verteilt sich auf die einzelnen Werke wie folgt: E-Werk 133,6 Millionen Schilling, Gaswerk 28,7 Millionen Schilling, Bestattung 0,97 Millionen Schilling, während bei den Verkehrsbetrieben eine Erlösminderung von 26,7 Millionen Schilling, bedingt durch den ständigen Frequenzrückgang, eintritt.

Die Steigerung des Gesamtaufwandes von 122,4 Millionen Schilling verteilt sich wie folgt: E-Werk 100 Millionen Schilling, Verkehrsbetriebe 33,5 Millionen Schilling und Bestattung 1,12 Millionen Schilling, während bei den Gaswerken sogar eine Verminderung des betriebseigenen Aufwandes um 12,2 Millionen Schilling zu verzeichnen ist.

Die Wirtschaftspläne der Teilunternehmungen für sich gesehen ergeben folgendes Bild:

Das E-Werk rechnet mit einem Reingewinn für 1961 von 125,2 Millionen Schilling, das Gaswerk mit einem solchen von 54,4 und die Bestattung mit 0,19 Millionen Schilling, während die Verkehrsbetriebe mit einem Defizit von 363,3 Millionen Schilling rechnen. Diese Zahlen ändern sich aber wesentlich, da es nun schon zur Tradition geworden ist, die beiden großen aktiven Teilunternehmungen wie einen Christbaum abzuräumen. Für das Jahr 1961 ist vorgesehen, daß das E-Werk den Verkehrsbetrieben 110 Millionen Schilling (1960: 95 Millionen Schilling) und das Gaswerk

60 Millionen Schilling (1960: 30 Millionen Schilling) als Subvention gibt. Diese an sich nicht schöne und sehr harte Maßnahme mußte jedoch durchgeführt werden, da es ansonsten nicht möglich gewesen wäre, für die Verkehrsbetriebe überhaupt einen Wirtschaftsplan zu erstellen, da sämtliche Investitionen, außer jenen, die aus Mitteln des Fünf-Jahres-Investitionsplanes zu decken sind, hätten gesperrt werden müssen.

Vergleicht man nun den Abgang der Verkehrsbetriebe ohne Subventionen per 1961 mit 363,3 Millionen Schilling mit jenem für 1960 per 303 Millionen Schilling, so ergibt sich eine Zunahme von 60,3 Millionen Schilling, die aus der Erlösminderung von 26,7 Millionen Schilling und einem Mehraufwand von 33,5 Millionen Schilling resultiert, wobei von letzterem allein 26 Millionen Schilling auf erhöhte Zinsenlast entfallen (infolge der immer größer werdenden Verschuldung der Verkehrsbetriebe).

Und nun zu den Erfolgsplänen der einzelnen Teilunternehmungen. Die Wiener E-Werke haben im Jahre 1959 1.532 Millionen Kilowattstunden Strom abgegeben. Auf Grund der bis jetzt vorliegenden Zahlen werden es im Jahre 1960 1.685 Millionen Kilowattstunden sein. Dem Erfolgsplan 1961 wird eine Abgabemenge von 1.833 Millionen Kilowattstunden zu Grunde gelegt, das ist um rund 13 Prozent höher als im Jahre 1960. Und darin liegt der eingangs erwähnte Optimismus im Wirtschaftsplan 1961: daß wir annehmen, daß die Abgabemenge im Jahre 1961 in dem Maße wie von 1959 auf 1960 steigt. Von diesen 1.833 Millionen Kilowattstunden kann das E-Werk jedoch nur 46.7 Prozent selbst erzeugen, während es 53.3 Prozent, das sind 1.143 Millionen Kilowattstunden von der Verbundgesellschaft beziehen und dafür nicht weniger als 343,5 Millionen Schilling auf den Tisch legen muß, während der in den eigenen Werken erzeugte Strom wesentlich billiger kommt. Und darin liegt nun die Tragik des Zwanges, der jährlich auf das E-Werk ausgeübt wird, die Verkehrsbetriebe mit beträchtlichen Beträgen zu subventionieren. Wäre dem nämlich nicht so, könnte das E-Werk systematisch seine Eigenerzeugungsanlagen weiter ausbauen und das Verhältnis Eigenstromerzeugung zu Fremdstrombezug würde sich nicht von Jahr zu Jahr zu Gunsten des Fremdstrombezuges verändern, sondern umgekehrt und damit die Ertragslage des E-Werkes sich noch mehr verbessern. Daß dieser jährliche gewaltige Aderlaß für das E-Werk aber noch weit schlimmere Folgen hat, möge

Ihnen folgendes Beispiel beweisen.

Um das Verhältnis zwischen Eigenstromerzeugung und Fremdstrombezug nicht noch mehr zu verschlechtern, baut das E-Werk nun eine neue 100-MW-Dampfkraftanlage mit einem Kostenerfordernis von rund 390 Millionen Schilling und einer Bauzeit von vier Jahren. Auf Grund der großen Subvention an die Verkehrsbetriebe sind die Kassen des E-Werkes leer und es ist gezwungen, sich die Mittel für die neue Dampfkraftanlage auf dem Kreditwege zu besorgen. Ist es dem E-Werk möglich, diesen Kredit von 390 Millionen Schilling in zehn Jahren zurückzuzahlen, betragend die hierfür zu bezahlenden Zinsen 207 Millionen Schilling, kann der Kredit erst in fünfzehn Jahren abgezahlt werden 280 Millionen Schilling; Beträge, die zur Gänze erspart werden könnten, wenn nicht jährlich rund 100 Millionen Schilling an Barsubventionen zu den Verkehrsbetrieben hinübergegeben werden müßten.

Außer der Notwendigkeit, ständig mehr Fremdstrom zu beziehen, ist eine weitere Schwierigkeit für das E-Werk durch die Verringerung des zur Verfügung stehenden Erdgaskontingentes aufgetreten.

Gemäß Liefervertrag mit der ÖMV waren die Wiener Stadtwerke berechtigt, jährlich 570 Millionen Kubikmeter Erdgas zu beziehen, konnten jedoch allerdings zu einem etwas höheren Preis dieses Kontingent auch überschreiten, wodurch der Einsatz des teureren Heizöls und der teureren Kohle gedrosselt werden konnte. Nun teilte die ÖMV nach einer vorangegangenen mündlichen Aussprache den Stadtwerken mit, daß unter keinen Umständen über das vereinbarte Kontingent hinausgegangen werden könne. Durch diese Erschwernis werden die Brennstoffkosten je Kilowattstunde daher von 13.74 Groschen auf 15.72 Groschen steigen.

Die Gaswerke haben 1959 491 Millionen Kubikmeter Gas verkauft, für das heurige Jahr wird eine Gasabgabe von 519 Millionen Kubikmeter erwartet und für 1961 präliminieren die Gaswerke 580 Millionen Kubikmeter, das ist eine Steigerung um 61 Millionen Kubikmeter oder um 11.7 Prozent gegenüber 1960. Auch hier also wieder die optimistische Annahme, daß die Absatzsteigerung des Jahres 1960 auch 1961 eintreten werde.

Die Wiener Verkehrsbetriebe rechnen gemäß den im Jahre 1960 bis jetzt vorliegenden Erfahrungen mit einem Rückgang der Frequenz

um sieben Millionen Fahrgäste und kalkulieren demnach für 1961 auf Straßenbahn und Stadtbahn mit 476 Millionen Fahrgästen. Im Jahre 1959 wurden effektiv 479 Millionen Fahrgäste befördert. Beim Autobusbetrieb wird die gleiche Frequenz wie 1960 mit 35 Millionen Fahrgästen angenommen. Bei Straßenbahn und Stadtbahn wurden 143.4 Groschen (1960: 143.5 Groschen) und beim Autobusbetrieb 145.2 Groschen (1960: 147.1 Groschen) als Durchschnittserlös eingesetzt.

Bei der Städtischen Bestattung wird die gleiche Zahl von Bestattungsfällen wie 1960, das sind 25.500, ebenso bei den Teilleistungen für Privatbestatter mit 300 und bei der Bestattung Mittelloser mit 1.000 angenommen.

Bei der Gewista werden die veranschlagten Gesamteinnahmen aus dem Reklamegeschäft und den Beteiligungen mit 25,536.500 um 2,985.500 Schilling oder um 13.2 Prozent höher angenommen als im Jahre 1960.

Aufwand und Erträge der Städtischen Unternehmungen

Der Gesamtaufwand der Wiener Stadtwerke für 1961 beziffert sich auf 3.276,981.000 Schilling gegen 3.114,725.000 Schilling im Erfolgsplan 1960. Beim Aufwand ist demnach eine Steigerung um 5.21 Prozent zu verzeichnen. Die Erträge der Wiener Stadtwerke erhöhen sich von 2.916,960.000 Schilling auf 3.093,453.000 Schilling, das ergibt eine Steigerung um 6.05 Prozent.

Einschließlich der Gewista ergibt sich ein präliminierter Gesamtaufwand für 1961 von 3.301,392.900 Schilling und ein Gesamtbetrag von 3.118,988.500 Schilling, wobei der Aufwand um 5.61 Prozent, der Ertrag um 6.11 Prozent gestiegen ist.

Sämtliche fünf Unternehmungen zusammen erreichen im Jahre 1961 58,82 Prozent der Ausgaben des Budgets der Hoheitsverwaltung und 57,36 Prozent der Einnahmen. Für das Jahr 1960 waren die entsprechenden Ziffern 60,54 Prozent der Ausgaben und 58,95 Prozent der Einnahmen. Gegenüber 1960 haben sich somit die Verhältnis-ziffern des Aufwandes wie auch des Ertrages um etwas mehr als eineinhalb Prozent verringert.

Was die Personalstände der Wiener Stadtwerke anbelangt, so ist festzustellen, daß 1961 um insgesamt 394 aktive Bedienstete mehr angenommen werden als im Wirtschaftsplan 1960. Die Gesamt-ziffern sind pro 1961: 19.931 Aktive, 1960 waren es 19.537.

Die Erhöhung des Personalstandes bei den Verkehrsbetrieben geht auch heuer noch immer auf das Konto "45-Stundenwoche". Die Verkehrsbetriebe erhoffen sich von der vor einigen Wochen gestarteten Werbeaktion durch die Presse, bei den Hochschülern, beim Bundesheer und in allen Haushalten einigen Erfolg. Derzeit wird das fehlende Personal beim Fahrdienst durch Leisten von Überstunden der Bediensteten halbwegs ausgeglichen. Die auf einigen Straßenbahnlinien ab 1. Jänner 1961 wahrscheinlich durchzuführende Herabsetzung der Fahrgeschwindigkeit wird einen weiteren Personalbedarf notwendig machen.

Bei den Pensionisten ist mit einer geringen Erhöhung der Anzahl der Pensionsparteien bei den Wiener Stadtwerken, und zwar um vier von 19.531 auf 19.535, zu rechnen. Der Gesamtstand an Aktiven und Pensionsparteien bei allen fünf Unternehmungen wird 1961 somit 39.580 gegenüber 1960 mit 39.185 umfassen. Das Verhältnis zwischen Aktiven und Pensionisten hat sich gegenüber 1959 etwas gebessert. 1960 entfielen auf 100 Aktive bei den E-Werken 79, bei den Gaswerken 107, bei den Verkehrsbetrieben 108 Pensionsparteien. Der gesamte Personalaufwand einschließlich des Aufwandes für die Pensionisten und gesetzlicher und freiwilliger Sozialaufwand sinkt für die Wiener Stadtwerke von 1.264,572.000 Schilling auf 1.237,880.000 Schilling, das ist eine Verminderung um 2.11 Prozent.

Im Personalstand fällt vor allem das ungünstige Verhältnis zwischen aktiven und pensionierten Bediensteten auf. Während den 35.062 aktiven Bediensteten der Hoheitsverwaltung lediglich 15.915 Pensionisten gegenüberstehen, haben die Stadtwerke, wie schon erwähnt, 19.931 Aktive, wovon allerdings nur 19.300 pensionsberechtigt sind, und 19.535 Pensionisten. Damit sind wir bei einem der wunden Punkte unserer Wiener Stadtwerke angelangt. Nicht nur auf dem Sektor der Investitionen hat man jahrzehntelang schwere Unterlassungssünden begangen, an deren Auswirkungen wir heute noch so schwer zu tragen haben. Auch auf dem Sektor der Geldrechnung, der Bilanzen, wurden, rein um der Optik willen und im klaren Wissen, welche schwere Belastungen der Stadtwerke dies in späterer Zukunft zur Folge haben werden, schwere Fehler begangen. Lange Zeit wurden die für die Pensionszahlungen not-

wendigen Gelder Jahr für Jahr zurückgestellt, bis dann im Jahre 1930, um nach außen hin eine Sanierung - allerdings für den Fachmann klar als eine nur scheinbare - zu erreichen, diese Rückstellungen eingestellt wurden, was selbstverständlich eine wesentliche Entlastung der Gewinn- und Verlustrechnung brachte. Die Folgen mußten sich unweigerlich über kurz oder lang einstellen. Sie waren gegeben, als mit 31. Dezember 1947 die Pensionskasse liquidiert werden mußte und das Liquidationsvermögen rund 2,9 Millionen Schilling ausmachte, während die Summe der im Jahre 1947 ausbezahlten Ruhe- und Versorgungsgenüsse 32,7 Millionen Schilling betrug. Seit 1955 werden nun wieder die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen errechneten Pensionsrückstellungen gemacht.

Im Rechnungsabschluß 1959 wirkt sich diese Tatsache folgendermaßen aus: Von der gesamten in der Jahreserfolgsrechnung aufscheinenden Pensionslast entfallen dabei auf die von der aktiven Belegschaft im Jahre 1959 erworbenen Anwartschaften rund 127 Millionen Schilling - die durch die Pensionsrückstellungen seit 1. Jänner 1955 gedeckt sind - und rund 260 Millionen Schilling auf die sogenannten Altpensionisten, für die so gut wie keine Rückstellungen vorhanden sind. Wäre für diese Bedeckung rechtzeitig Jahr für Jahr vorgesehen worden, hätte sich an Stelle des Defizites der Wiener Stadtwerke im Jahre 1959 von 135 Millionen Schilling ein Gewinn von 124 Millionen Schilling ergeben. Dasselbe Bild haben wir natürlich auch im Erfolgsplan 1961. Das heißt also, daß die Wiener Stadtwerke im Jahre 1961 zu den durch Rückstellung gedeckten Pensionskosten von 136 Millionen Schilling zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung zusätzlich 246,5 Millionen Schilling auf den Tisch legen müssen.

Hier liegt also die Wurzel des Übels, wobei ich jedoch ausdrücklich betonen möchte, nicht in der Pragmatisierung und der daraus resultierenden Pensionsberechtigung der Bediensteten der Stadtwerke, sondern in der zeitweise fehlenden Voraussicht der Folgen der Pragmatisierung.

Sicherlich gibt es noch manchen Sand im Räderwerk unserer Unternehmungen, vielleicht kann dort und da noch mehr gespart werden, wahrscheinlich werden dort oder da Fehlinvestitionen getätigt werden. Aber in welchem größeren Unternehmen gibt es das

nicht. Wir werden wieder einmal genau überprüfen lassen, ob nicht dort oder da noch rationeller gewirtschaftet und noch mehr gespart werden kann, um die Ertragslage unserer Wiener Stadtwerke zu verbessern. Von einer endgültigen Sanierung unserer Stadtwerke werden wir aber erst sprechen können, wenn wir das Problem der sogenannten Altpensionisten - und es ist dies ein ausgesprochenes Zeitproblem - wenigstens in seinen ärgsten Auswirkungen überwunden haben.

Konnte man im Vorjahr von einem gigantischen Investitionsvolumen der Wiener Stadtwerke von insgesamt 1.035,2 Millionen Schilling sprechen, so muß man sich für das kommende Wirtschaftsjahr 1961 nach der wieder kürzeren Gelddecke strecken. Die Wiener Stadtwerke beabsichtigen zwar insgesamt Neuanschaffungen im Gesamtwerte von 1.255,6 Millionen Schilling durchzuführen, mangels finanzieller Bedeckung müssen jedoch davon 505,7 Millionen Schilling gesperrt werden. Trotzdem weist nun dieses freie Investitionsvolumen der Wiener Stadtwerke für 1961 immerhin die beachtliche Summe von 749,9 Millionen Schilling auf und ist damit um rund 48,2 Millionen Schilling höher angesetzt als das Budget für 1959. Die Finanzierung dieses Investitionsvolumens wird mit 338,6 Millionen Schilling aus fremden Krediten und mit 421,3 Millionen Schilling aus den laufenden Einnahmen vorgenommen. Im einzelnen investieren die E-Werke 401,4 Millionen Schilling, die Gaswerke 157,8 Millionen Schilling, die Verkehrsbetriebe 186,6 Millionen Schilling, wozu aber zu bemerken ist, daß von diesen freien 186,6 Millionen Schilling 128,3 Millionen Schilling auf Investitionen aus dem Fünf-Jahresplan entfallen, und bloß 58,3 Millionen Schilling für substanzerhaltende und verkehrsbessernde Investitionen verfügbar sind, und die Bestattung vier Millionen Schilling.

Zum Schienenbremsenprogramm: Größte Sorge bereitet die Sicherung der Mittel für die Erneuerung des Wagenparkes, verursacht durch die "Straßenbahnverordnung 1957", es fehlen hier rund 251,2 Millionen Schilling und deren Bedeckung. Ebenso fehlt für die Verkehrserschließung Industriehorst Liesing die für 1961 notwendige Rate von 6,5 Millionen Schilling.

Die Investitionspläne der Teilungernehmungen: Die E-Werke haben an Investition für 1961 535,825.000 Schilling vorgesehen,

von denen jedoch mangels Bedeckung 134,370.000 Schilling gesperrt werden müssen. Von den freien 401,455.000 Schilling entfallen auf Umspann- und Unterwerke (ohne Bahnwerke) 98,865.000 Schilling, auf Unterwerke für Straßenbahn und Stadtbahn 9,700.000 Schilling, auf Leitungsnetze ohne Bahnversorgung 109,825.000 Schilling, auf Leitungsnetze für Bahnversorgung 3,800.000 Schilling, auf Zähler und Meßeinrichtungen 9,905.000 Schilling, auf Ortsnetze 11,250.000 Schilling, auf die Fertigstellung der 60-MW-Anlage in Simmering im Rahmen des Fünf-Jahresplanes 64,000.000 Schilling und auf die 100-MW-Anlage in Simmering 50,000.000 Schilling. Um dem nach wie vor steigenden Energieverbrauch gerecht zu werden, wird auch im Jahre 1961 der Bau von Umspann- und Unterwerken forciert. Die 60-MW-Anlage, für deren Fertigstellung aus den Fünf-Jahresplanmitteln im Jahre 1961 85 Millionen Schilling eingeplant waren, 21 Millionen Schilling jedoch gesperrt werden mußten, wird voraussichtlich Ende des kommenden Jahres fertiggestellt sein. Es ist daher beabsichtigt, die restlichen 21 Millionen Schilling aus dem Jahre 1962 vorzuziehen, um die für die E-Werke wichtige Anlage frühest in Betrieb nehmen zu können. Außerdem wurde die vom Gemeinderat bereits genehmigte 100-MW-Anlage in Angriff genommen, für die pro 1961 50 Millionen Schilling bereitgestellt sind.

Die Gaswerke beabsichtigen insgesamt 182,575.000 Schilling zu investieren, es müssen jedoch auch hier 24,715.000 Schilling gesperrt werden, sodaß nur 157,860.000 Schilling an freien Geldern zur Verfügung stehen. Bemerkenswert unter den Investitionen der Gaswerke ist der Anteil für neue Rohrleitungen und Rohrauswechslungen, auf letztere entfallen mit 33,35 Millionen Schilling um 3,15 Millionen Schilling mehr als 1960. Diese Auswechslung veralteter Rohrstränge, von denen einige noch aus dem vorigen Jahrhundert stammen, ist für eine gesicherte Gasversorgung der Bevölkerung von ausschlaggebender Bedeutung.

Bei den Verkehrsbetrieben wären 1961 Investitionen von insgesamt 533,153.000 Schilling notwendig, mangels Bedeckung müssen jedoch auch hier Sperren vorgenommen werden und zwar in einem Ausmaß von 346,553.000 Schilling, das sind rund 65 Prozent, sodaß nur mehr 186,6 Millionen Schilling zur Verfügung stehen, davon 128,3 Millionen aus dem Fünf-Jahresplan.

Für den Fahrpark und seine Erneuerung werden inklusive Fünf-Jahresplan 107,483.000 Schilling zur Verfügung stehen, wovon auf die Straßenbahn 42,5 Millionen Schilling, auf die Stadtbahn 23,1 Millionen Schilling und auf den Autobusbetrieb 42 Millionen Schilling entfallen. Die für den Straßenbahn- und Autobusbetrieb bereitgestellten Beträge dienen zur Fortführung des laufenden Erneuerungsprogrammes. Für die Stadtbahn können an Um-, bzw. Neubauten, 37 Trieb- und 51 Beiwagen aus den Fünf-Jahresplanmitteln in Auftrag gegeben werden.

Im Umstellungsprogramm Straßenbahn-Autobus ist für 1961 vorgesehen, die Linien 72, 73, 13, 39 und 48 umzustellen. Zum Umstellungsprogramm ist grundsätzlich zu sagen, daß darin nicht das Allheilmittel für die Lösung des Wiener Verkehrsproblem es gegeben ist. Ich kann mir nicht vorstellen, daß in absehbarer Zeit die Straßenbahn aus dem Straßenbild Wiens verschwindet, da sie das produktivste und raumsparendste Verkehrsmittel ist und bleibt. Nur überall dort, wo sie auf Grund der Beengtheit des Verkehrsraumes zum Verkehrshindernis wird, muß eine andere Lösung gefunden werden. Die Wiener Verkehrsbetriebe haben sich schon vor Jahren von ausländischen Fachleuten ein Umstellungsprogramm ausarbeiten lassen, an das wir uns im großen und ganzen auch halten werden. Zur endgültigen Lösung des Problems des öffentlichen Verkehrs in Wien wird dies aber auf keinem Fall genügen, sondern es wird notwendig sein, auch wenn es mit hohen Kosten verbunden ist, zur zweiten Verkehrsebene zumindest an neuralgischen Punkten Zuflucht zu nehmen. Wir haben ja schon recht schöne Ansätze dazu und es freut mich, feststellen zu können, daß während der heurigen Budgetdebatte prominente Redner der Koalitionsparteien, wie Stadtrat Heller und GR. Witzmann, sich ebenfalls dazu bekannt haben. Ich möchte es aber dahingestellt sein lassen, ob immer und in jedem Fall der öffentliche Verkehr es sein muß, der in die zweite Ebene untertaucht, was mit wesentlichen Kosten verbunden ist. Und bei dieser Gelegenheit möchte ich wieder einmal mit aller Deutlichkeit feststellen, daß dem öffentlichen Verkehr unter allen Umständen das Primat gegen den Individualverkehr zuzugestehen ist. Leider Gottes müssen wir immer wieder feststellen, daß sich dieser heute von allen Fachleuten anerkannte Grundsatz

in den zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien und den maßgebenden Polizeidienststellen noch nicht hundertprozentig durchgesetzt hat und immer wieder zum Teil, leider Gottes mit Erfolg, versucht wird, dem öffentlichen Verkehr zugunsten des Individualverkehrs Erschwernisse zu machen und Lasten aufzuerlegen, die zu tragen sie nicht verpflichtet sind. Ich fordere die Wiener Verkehrsbetriebe jedenfalls auf, in allen solchen Fällen ihr Recht mit Zähnen und Klauen zu verteidigen und sie werden von uns immer die tatkräftigste Unterstützung erfahren.

Viel wird auch über den Konservativismus der Linienführung der Wiener Verkehrsbetriebe und über das Nichtschritt halten des Verkehrsnetzes mit dem Wachstum unserer Stadt gesprochen. Es steht fest, daß sich die Wiener Verkehrsbetriebe sehr ungern von angeblich jahrzehntelang Erprobtem trennen, aber in dieser Beziehung möchte ich doch feststellen, daß im Jahre 1961 der Wiener Generalverkehrsplan sowohl für den öffentlichen als auch für den Individualverkehr erstellt sein wird, und dies ist dann meiner Ansicht nach der Zeitpunkt, das gesamte Liniennetz des Wiener Straßenbahn- und Autobusverkehrs einer eingehenden Überprüfung zu unterziehen und verschiedene Unebenheiten zu revidieren.

Was das Nichtschritt halten der Wiener Verkehrsbetriebe mit dem Wachstum der Stadt betrifft, muß ich den Kritikern Recht geben, sie aber doch bitten, auch die Situation der Wiener Verkehrsbetriebe zu verstehen. Jeder Kilometer zusätzlicher Fahrtleistung bringt den Wiener Verkehrsbetrieben wohl zusätzliche Kosten, aber infolge des Einheitstarifes keinerlei zusätzliche Einnahmen. Daß die Wiener Verkehrsbetriebe sich bei ihrer derzeitigen finanziellen Situation hier kaum auch nur zu einem kleinen Schritt nach vorwärts entschließen können, wird wohl jeder vernünftige Kritiker verstehen.

Mit Bedauern muß ich auch feststellen, daß im Investitionsplan 1961 keinerlei Mittel für die Verbindung der Wiener Stadtbahn mit der Anfang 1962 in Betrieb gehenden Schnellbahn vorgesehen sind, weil ich überzeugt bin, daß die Schnellbahn sich erst dann voll auswirken wird, wenn die Verbindung Gumpendorfer Straße-Philadelphiabrücke, bzw. über den Franz Josefs-Bahnhof, zwischen Stadtbahn und Schnellbahn hergestellt sein wird.

Von den größeren Bauvorhaben sei auf den Umbau Floridsdorf Am Spitz, Prager Straße, Döblinger Gürtel-Liechtenwerder Platz, Schottentor und Rennweg-Ungargasse-Fasangasse hingewiesen. ./.

Für den Umbau der Stadtbahnstation Hauptzollamt, einschließlich des Gleisumbaues Hauptzollamt, sind 7,6 Millionen Schilling vorgesehen. Aus den Mitteln des Fünf-Jahresplanes werden weiter der Bau der zwei neuen Autobusgaragen für je 100 Autobusse, von denen die in der Raxstraße mit Jahresbeginn schon in Betrieb genommen werden kann, ferner die Inangriffnahme der Errichtung einer Zentralwerkstätte zwischen Favoritenstraße und Laaer Berg-Straße, wofür 18 Millionen Schilling für 1961 vorgesehen sind, bestritten. 1961 wird aber auch mit dem Umbau des Bahnhofes Grinzing in eine Autobusgarage begonnen, hierfür stehen jedoch lediglich 600.000 Schilling zur Verfügung.

Abschließend sagte Stadtrat Schwaiger: Unser aller Bestreben muß nun sein, dafür zu sorgen, daß das Defizit nicht noch höher, sondern durch unser aller gemeinsames ehrliches Bemühen womöglich noch herabgedrückt wird. Namens der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Wiener Stadtwerke kann ich Ihnen die Versicherung abgeben, daß sie so wie bisher, ihren ganzen Fleiß und ihr ganzes Können aufwenden werden, um den Wiener Stadtwerken über die nächsten kritischen Jahre hinwegzuhelfen. Dafür gebührt ihnen unser Dank, den sie sich in der Vergangenheit ehrlich verdient haben und der ihnen Ansporn sein wird für die Zukunft. Wenn wir alle - Gemeinderat und Arbeiter- und Angestelltenschaft - treu zueinanderstehen, in unseren Beschlüssen weise und in unseren Forderungen maßvoll sind, dann muß es uns gelingen, unsere Wiener Stadtwerke trotz der Krisen der Vergangenheit, trotz der Kriegs- und Nachkriegsfolgen wieder zu blühenden und damit dem Interesse der gesamten Wiener Bevölkerung dienenden Unternehmungen zu machen!

Die Debatte über die Städtischen Unternehmungen

GR. Maller (KLS) erklärt, daß die Anschaffung eines Gas- oder Elektrogerätes oft daran scheitert, daß die Zuleitungen zu schwach sind. Daraus sollte die Verwaltung den Schluß ziehen, daß es auf die Dauer nicht geht, zwei aktiven Unternehmen für neue Zuleitungen für die Abnehmer die Mittel zu nehmen. Der Redner bittet den Stadtrat um Mitteilung, wie hoch der Betrag ist, der den Gaswerken und den Elektrizitätswerken seit 1945 zum Zwecke der Sanierung der Verkehrsbetriebe entzogen wurde. Weiter fragt er, in welchem Aus-

maß die Gas- und E-Werke ihre Unternehmen hätten modernisieren können, und welchen Betrag die Stadtwerke seit 1945 unter dem Titel der Gebrauchs- und Wegebenützungsgebühren an die Hoheitsverwaltung abführen mußten.

Es freut uns, sagt er, daß an die Entgiftung des Gases gedacht wird. Wir sind schon seit Jahren dafür. Wir sind aber strikte dagegen, daß damit gleichzeitig der Gaspreis erhöht werden soll, und zwar nicht nur für die Zeit, bis die dazu notwendigen Anschaffungen abbezahlt sind, sondern für ständig. Die Gaswerke werfen einen Gewinn ab, es ist kein Grund vorhanden, das Kochen und Heizen auf diese Art zu verteuern. Weiter müßten die Stadtwerke eine Verrechnungsart finden, um eine Vorschußzahlung für den Gas- und Strombezug überflüssig zu machen.

Der Redner will sodann wissen, an welche Verbesserungen bei der Wagenausstattung der Verkehrsbetriebe gedacht ist, warum der erst vor wenigen Jahren erbaute Schulwagen umgebaut werden soll, wieviele Trieb- und wieviele Beiwagen, und zwar welcher Type, gebaut werden sollen. Schließlich bittet er um Aufklärung von Differenzen bei den Angaben über die Zahl der beförderten Personen. Während es in den Erläuterungen zum Wirtschaftsplan heißt, daß die Straßenbahn und die Stadtbahn im Jahre 1959 479,318.898 Personen befördert haben, sind im Verwaltungsbericht nur 476,616.062 verzeichnet. Auch beim Autobusbetrieb und hinsichtlich der Fahrleistungen ergeben sich Differenzen. Der Stadtrat möge weiter mitteilen, warum nicht alle Züge der Linie G₂ mit Schienenbremsen ausgestattet sind und noch immer einige Wagen einer 60 Jahre alten Type fahren, und ob es richtig ist, daß bereits Fahrscheine für einen Drei-Schilling-Tarif gedruckt werden.

Während die Bevölkerung noch auf den Generalverkehrsplan wartet, hält der Tod reiche Ernte. Wir haben vor kurzem der Öffentlichkeit ein Projekt vorgelegt, das unter weitgehender Benützung vorhandener Anlagen ausgearbeitet wurde. Einen wesentlichen Bestandteil unseres Projektes bildet die Stadtbahn. Wie bei der Stadtbahn soll das Netz teils unterirdisch, teils auf Straßenniveau und teils als Hochbahn geführt werden. Außer der Stadtbahn brauchen wir noch zwei andere Ringstrecken.

Der zweite Stadtbahnring beruht im wesentlichen auf den vorhandenen Anlagen der Vorortelinie, der Verbindungsbahn und der Ländebahn. Er berücksichtigt, daß unsere Stadt in den letzten 50 Jahren stark gewachsen ist. Auch die Bevölkerung jener Gebiete, die erst in den letzten Jahren besiedelt wurden, habe ein Anrecht darauf, an das Wiener Verkehrsnetz angeschlossen zu werden. Parallel zum Bau eines solchen Schnellbahnprojektes kann die Straßenbahn, die allerdings noch für lange Zeit das Primat haben soll, Zug um Zug abgeschafft werden. Zum Netz der Schnellbahn käme nach unserem Projekt ein viel dichteres Netz von Autobuslinien, die eine rasche Verbindung von jedem Punkt Wiens zur Schnellbahn herstellen. Auch die Finanzierung stellt kein unlösbares Problem dar, denn hiebei hat auch der Bund, der heute den Verkehrsbetrieben jährlich viele Millionen Schilling für Beförderungsteuer, Einkommens-, Ertrags- und Vermögenssteuer entzieht, Verpflichtungen. Fahrbegünstigungen müßten jene Stellen zahlen, die sie gewähren. Großen Unternehmen soll eine Steuer aufgelegt werden, die ausschließlich für die Modernisierung und Sicherheit des Verkehrs verwendet werden soll. Es soll keine Tarifierhöhung durchgeführt, sondern andere Finanzierungsquellen sollen erschlossen werden. In diesem Sinne legt der Redner einen Antrag vor, in dem eine Erhöhung der Straßenbahntarife auf drei Schilling abgelehnt, und ein Einheitstarif verlangt wird, der für die Benützung aller öffentlichen Verkehrsmittel gelten und nicht höher als 2.20 Schilling sein soll. Auf sämtliche Gebühren, Abgaben und Steuern von den Verkehrsbetrieben soll verzichtet werden. Es soll ein Zuschuß von der Bundesregierung und eine Zuweisung aus ERP-Mitteln verlangt werden.

GR. Maller verlangt, daß die Gemeindeverwaltung sich dem Bund gegenüber mehr durchsetzen müsse. Der Bund unterhält in acht Bundesländern 9.600 Kilometer Bundesstraßen, in Wien jedoch nur 15 Kilometer. Von 157 Millionen Schilling Einnahmen aus der Mineralölsteuer erhielt die Gemeinde Wien 19 Millionen und von 628 Millionen vom Zuschlag zur Mineralölsteuer überhaupt nichts. Würde der Bund zur Erhaltung der Wiener Straßen herangezogen werden, könnte die Gemeinde Wien zusätzliche Budgetmittel für die Modernisierung und Verbesserung des Verkehrs verwenden. Der Bund würde Wien damit kein Geschenk machen, sondern der Bundes-

hauptstadt nur das geben, was ihr zusteht.

Der Redner richtet sodann verschiedene Fragen an Stadtrat Schwaiger und bittet um deren Beantwortung: Warum sind die zweiachsigen Großraumbeiwagen noch nicht in Betrieb, bzw. wieviele sind in Betrieb? Warum die Triebwagen der Type G, die bekanntlich im Jahre 1900 gebaut wurden, noch immer auf steigungsreichen Linien eingesetzt werden? Warum auf den stark frequentierten Linien 25, 25R und K, 38, 131, 232 und 317 noch immer Wagen ohne Schienenbremsen auf Drei-Wagen-Zügen fahren? Warum ein neuer vierachsiger Großraumtriebwagen mit Beiwagen bisher nur einen Tag und da nur vier Stunden hindurch, eingesetzt war? Ob nicht die Möglichkeit besteht, auf der Linie 49 eine ähnliche Einführung zu machen wie bei der Linie 31, bei der man durch eine Aufgliederung in 31, 231 und 331 genau weiß, wie weit die Züge fahren. Auch die Züge der Linie 49 haben eine unterschiedliche Endstation. Der Redner bittet mitzuteilen, ob es einen zwingenden Grund dafür gibt, die Autobuslinien von und zu den Bahnhöfen nur bis 24 Uhr zu führen. Diese Linien müßten so lange befahren werden, als Züge ankommen oder abfahren. Er fordert ferner die Errichtung einer neuen Schleife in Kagran, die das Verschieben erübrigen würde. Der Redner bittet auch um Mitteilung, wie lange die Linie 5 noch mit den alten Autobussen mit Holzaufbauten und Rechtssteuerung befahren wird.

GR. Maller ersucht dann, die Anträge und Vorschläge seiner Fraktion, die während der Budgetdebatte und das ganze Jahr hindurch gestellt wurden, zu überprüfen, zu diskutieren und zu beraten. Die unterschiedliche politische Weltanschauung dürfte nicht daran hindern, gemachte Vorschläge zur Lösung der Verkehrsfrage abzulehnen. Der Redner stellt einen Antrag, in dem es heißt, daß das Verkehrswesen unserer Stadt, vor allem was die öffentlichen Verkehrsmittel betrifft, keineswegs den heutigen Bedürfnissen entspricht. Das Budget für das Jahr 1961 und die Wirtschaftspläne der Wiener Verkehrsbetriebe enthalten nichts, woraus zu schließen wäre, daß im kommenden Jahr großzügige Maßnahmen zur rascheren Lösung der außerordentlich schwierig gewordenen Verkehrsverhältnisse in unserer Stadt vorgesehen sind. Der Wiener Gemeinderat müßte daher einen großzügigen Perspektivplan, verbunden mit konkreten Sofortmaßnahmen ausarbeiten. Dazu

wäre die Wahl einer gemeinderätlichen Sonderkommission, bestehend aus Gemeinderäten aller in diesem Hause vertretenen Parteien, notwendig.

GR. Maller kommt dann auf den Ankauf von 200 Fahrgestellen aus den USA zu sprechen. Er ist der Meinung, daß die Gemeinde Wied hier ihre Würde bewahren sollte und nicht etwas, das in anderen Städten nicht mehr verwendet werden kann, aufkauft.

Der Redner fordert sodann unter anderem die Lösung des Verkehrsproblems in der Gablenzgasse, eine Verbindung von der Ottakringer Straße zur Sandleitengasse, die Verlängerung der Linie 16 ab Aspern und die Errichtung von Haltestellen-Wartehäuschen im 23. Bezirk. Diese Liste von Wünschen ließe sich noch beliebig fortsetzen. Zu prüfen wäre die Möglichkeit, die Autobuslinie 61, die ihre Endstation beim Unfallkrankenhaus hat, durch die Eibesbrunnengasse zum Schöpfwerk zu führen. Als Ungerechtigkeit bezeichnet es der Redner, daß man in Meidling von der Stadtbahn mit demselben Fahrschein zwar auf die Autobuslinie 63 umsteigen kann, nicht aber in den Autobus, der auf den Tivoli führt.

Abschließend bezeichnet GR. Maller die Wirtschaftspläne für das Jahr 1961 als ungenügend. Seine Fraktion könne daher den Ansätzen nicht zustimmen.

GR. Peter (FPÖ) erklärt im Namen seiner Fraktion, daß trotz allen Versprechen noch immer kein echter Sanierungsplan der Wiener Stadtwerke vorgelegt wurde. Auch in den Ausführungen des Stadtrates Schwaiger zum Budget wurde diesmal zu dieser Frage nichts gesagt. Er nimmt dann zu den einzelnen Ansätzen Stellung und bedauert, daß auch im kommenden Jahr die Investitionen für die Elektrizitätswerke gesperrt bleiben müssen und in der Folge die Maschinensätze nicht modernisiert werden können. Die sich dadurch ergebende Verteuerung der Stromerzeugung muß wiederum die Bevölkerung bezahlen. Der Redner erklärt, daß seine Fraktion sich so lange gegen jede Preiserhöhung wehren wird, so lange nicht alle dagegenwirkenden Möglichkeiten ausgeschöpft sind.

Das gleiche muß auch zum Kapitel Gaswerke gesagt werden, die gleichfalls ihre Investitionen zurückstellen müssen. Er kommt dann auf die neuen Uniformen der Bediensteten der Bestattung zu sprechen, und bedauert, daß es in Wien, in der Stadt mit einer entwickelten Geschmackindustrie, nicht möglich war Besseres zu schaffen. Seiner Meinung nach ist die Empörung der Bevölkerung über diese unmöglichen Uniformen berechtigt.

Die Verkehrsbetriebe bezeichnet er als das kritischste Kapitel Wiens. Daß bei den vorgenommenen Investitionskürzungen die Straßenbahn nicht modernisiert und auf den erforderlichen Stand gebracht werden kann, ist allzu verständlich. Seiner Meinung nach sei das wichtigste Übel das Fehlen einer echten Kostenberechnung. Die Ursache erblickt er darin, daß man Betriebe zusammengelegt hat, die miteinander nichts zu tun haben. Das Riesendefizit der Verkehrsbetriebe von einer Million täglich bezeichnet er als sehr bedenklich. Zu den Ausführungen von Vizebürgermeister Slavik in der Generaldebatte, wonach die Umstellung der Grazer Verkehrsbetriebe zu keiner wesentlichen Erleichterung der Finanzlage geführt hat, erklärt der Redner, daß in der steiermärkischen Landeshauptstadt allein durch die Änderung der Wirtschaftsform drei Millionen Schilling eingespart werden konnten. Er erklärt, daß seine Fraktion nicht für die Privatisierung der Unternehmungen, sondern für die Kommerzialisierung ist. Er macht auch darauf aufmerksam, daß im Wirtschaftsplan der Stadt Graz, den er zusammen mit einem Brief des Grazer Stadtrates Dr. Götz zitiert, keine Erwähnung von Tarifregulierungen enthalten ist. Mit der Kreditwirtschaft, wie sie bei uns gehandhabt wird, meint GR. Peter, verlieren wir das moralische Recht, der Bevölkerung die Verderblichkeit des Schuldenmachens vor Augen zu halten.

Er beschäftigt sich dann mit der Frage der Pensionierungen bei den Wiener Stadtwerken und stellt fest, daß die politischen Zwangspensionierungen in den vergangenen Jahren nicht im Interesse der Städtischen Unternehmungen, sondern im Interesse der Hoheitsverwaltung erfolgt sind. In einem Antrag verlangt er, daß die Kosten für die in den Jahren 1934, 1938 und 1945 durchgeführten Pensionierungen von der Hoheitsverwaltung getragen werden sollen. In einem zweiten Antrag regt er an, die Hoheitsverwaltung solle

für die Rückvergütung verschiedener Fahrtvergünstigungen aufkommen.

Die Verkehrsbetriebe müßten seiner Meinung nach für eine Frequenzsteigerung und für einen fahrplanmäßigen Verkehr der Straßenbahnzüge Sorge tragen. Über die Schnellbahnprojekte, führt er weiter aus, hört man nur Pressegeflüster, dagegen in der Budgetdebatte fast gar nichts. Abschließend beschäftigt sich der Redner mit der Frage, wie die Hoheitsverwaltung durch eigene Sparmaßnahmen mehr Mittel den Verkehrsbetrieben bereitstellen könnte. Er regt die Einschränkung der Repräsentation und der Auslandsreisen sowie auch der Ausgaben für gewisse Kunstwerke an.

Abschließend bemerkt der Redner, daß seine Fraktion den Wirtschaftsplänen mit Ausnahme jenen der Gewista nicht die Zustimmung geben werde.

GR. Hahn (ÖVP) meint, der Voranschlag für das Kapitel XII sei wohl im Rahmen des Wiener Gemeindebudgets eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben, die dem Gemeinderat alljährlich zur Beschlußfassung vorliegen.

Aus einem Vergleich zwischen 1948 und heute gehe hervor, daß der Gasverbrauch seit damals um 50 Prozent gestiegen ist und der Stromverbrauch sogar um 135 Prozent. Gleichzeitig damit steigen natürlich auch die Einnahmen, und, wenn auch in geringerem Maße, der Aufwand.

Während also bei den Gas- und E-Werken ein ständig steigender Verbrauch zu verzeichnen war, ist es bei den Verkehrsbetrieben gerade umgekehrt, 1948 waren es noch 638 Millionen Fahrgäste, während man im Voranschlag 1961 nur mehr mit 511 Millionen Fahrgästen rechnet. Während also die Frequenz bei den Verkehrsbetrieben sinkt, sind die Aufwendungen bedeutend gestiegen.

Der Redner vergleicht dann die Verkehrsbetriebe mit den Bundesbahnen. Beim Bund sei es insofern anders, als der Finanzminister das Defizit der Bundesbahnen von fast zwölf Milliarden Schilling decken mußte und außerdem sechseinhalb Milliarden für Investitionen ausgab. Glauben Sie aber, fragt der Redner, zu den Sozialisten gewendet, die Bevölkerung wird auf die Dauer verstehen, daß das, was den Bundesbahnen recht ist, den Verkehrsbetrieben überhaupt nicht gewährt wird?

Vieles von den heute bestehenden Schwierigkeiten hätte vermieden werden können, wenn nicht auf Grund der unverständlichen Haltung der Finanzreferenten den Stadtwerken das Geld aus den Taschen gezogen worden wäre. Die Verkehrsbetriebe mußten bis 1957 127 Millionen Schilling an Wegebenutzungsgebühr abführen. Die Gas- und E-Werke müssen die Gebrauchsgebühren noch immer bezahlen. Ähnlich verhält es sich bei den Verkehrsbauteilen. Die Stadtwerke müssen für Glasumbauten und Rohrverlegungen am Schottentor insgesamt achteinhalb Millionen Schilling zahlen.

Der Redner betont, hätte die sozialistische Rathausmehrheit dem Vorschlag der ÖVP-Fraktion über das Fünf-Jahresprogramm zur Sanierung der Stadtwerke rechtzeitig zugestimmt, wären wir heute nicht wieder in einer solchen unangenehmen Situation. (Beifall bei der ÖVP.) Bereits 1954 hat der damalige Amtsführende Stadtrat Dkfm. Nathschläger den ersten Entwurf eines Fünf-Jahresplanes eingebracht. Leider kamen die Sozialisten erst 1958 zur Einsicht.

Der Redner spricht dann über die wirtschaftliche Lage der einzelnen Werke. Das Gaswerk, vor allem aber das E-Werk, weisen einen beträchtlichen Betriebserfolg aus. In den vergangenen zehn Jahren haben beide Werke und sogar die Bestattung eineinhalb Milliarden Schilling an Subventionen für die Verkehrsbetriebe geleistet.

Große Bedeutung komme dem Ausbau von kalorischen Kraftwerken zu, weil Wasserkraftwerke teurer als Dampfkraftwerke sind, und zwar im Verhältnis drei zu eins.

Zu den Verkehrsbetrieben selbst bemerkt der Redner, daß der Personalaufwand neuerlich um sechs Prozent auf 448 Millionen gestiegen ist. Bei dem akuten Personalmangel wird diese Steigerung bei den Bediensteten sogar als zu gering empfunden. Der Redner vertritt die Meinung, daß nicht allein der geringe Anfangsbezug Schuld an dem mangelnden Interesse am Beruf eines Straßenbahners ist. Er weist darauf hin, daß die jugendlichen Bediensteten keine Chance haben, einmal einen freien Samstag oder Sonntag zu verbringen. Ein alter Wunsch der Straßenbahner ist auch die Vorverlegung des Betriebsschlusses am Heiligen Abend.

Eine immer schwieriger werdende Personalfrage wird die Entlohnung der Autobuslenker sein, deren Bezahlung sehr gering ist. Sie sind schlechter gestellt als die Straßenbahnfahrer, obwohl sie

speziell auf den innerstädtischen Linien wahre Fahrkünstler sein müssen. Der Durchschnittsbezug des Straßenbahners beträgt allerdings auf Grund der vielen Überstunden und Zulagen 33.756 Schilling im Jahr, denn es gibt Leute, deren Überstunden und Extradienstbezahlung manchmal fast das Doppelte des Grundgehaltens beträgt. Dies ist sicherlich ein ungesunder Zustand.

Eine besonders drückende Last sind die Pensionskosten, wobei vor allem jene Pensionisten, deren Pensionen noch nicht durch die Rückstellung gedeckt sind, die Erfolgsrechnung stark belasten. Während bei den Bundesbahnen das gesamte Defizit der Bund trägt, mußten die Wiener Verkehrsbetriebe auf Grund eines Beschlusses des Gemeinderates aus dem Jahre 1947 sämtliche Pensionslasten übernehmen, obwohl die bis zu diesem Jahr pensionierten Bediensteten nicht pragmatisiert waren. Man hätte damals nicht alle diese Lasten den Verkehrsbetrieben aufbürden dürfen. Es hätte sich bei den Stadtwerken in der Erfolgsrechnung an Stelle des Verlustes von rund 136 Millionen ein Gewinn von rund 124 Millionen ergeben, wenn für die Altpensionisten in der Vergangenheit nach versicherungswirtschaftlichen Grundsätzen ausreichend vorgesorgt worden wäre oder die Hoheitsverwaltung zumindest einen Teil der Lasten übernommen hätte. (Beifall bei der ÖVP.) Allerdings wird die Belastung durch die Altpensionisten in den nächsten Jahren sinken; umso leichter könnte der Finanzreferent einspringen. Wir wollen aus den Wiener Verkehrsbetrieben keine zweite defizitäre Bundesbahn machen.

Es ist zu hoffen, daß die Schnellbahn wenigstens zu Beginn des Jahres 1962 endgültig fertiggestellt sein wird und damit die geforderte Nord-Süd-Verbindung gegeben ist. Fachleute behaupten allerdings, daß der Hauptzweck im Frachtenverkehr der Bundesbahnen liegen wird. Jedenfalls gehört die Schnellbahn in das Wiener Verkehrsnetz einbezogen, und es dürfen keine separaten Tarife verlangt werden.

Entscheidend für die Gestaltung des Wiener Verkehrs in den nächsten Jahren wird sein, wie man an besonders neuralgischen Punkten den Massenverkehr regelt. Die Frage der zweiten Verkehrsebene wird über kurz oder lang gelöst werden müssen. Als die finanziell tragbarste Lösung stellen wir uns die Unterpflaster-

straßenbahn vor. Ein typisches Beispiel ist das Stück von der Wiedner Hauptstraße bis zur Mariahilfer Straße. Diese Unterpflasterstraßenbahn wird dort vor allem deswegen notwendig sein, weil eine Umstellung der Linie 2 im gegenwärtigen Zeitpunkt kaum mehr zweckmäßig erscheint. Es müßten so viele Autobusse eingesetzt werden, daß die Straßen unter Umständen wieder mit diesen Autobussen verstopft wären. Die Straßenbahn bietet größte Beförderungsleistung bei geringstem Platzbedarf. Statt einer Großraumgarnitur mit drei Mann Personal müßten bei Autobusbetrieb mindestens acht Mann eingesetzt werden. Dazu kommt noch, daß vor allem ältere Leute nicht mit allzu großer Begeisterung die Autobusse benützen, die wohl schneller fahren, aber stärker schleudern. Dagegen müßten Autobuslinien in solche Straßen verlegt werden, in denen der Bevölkerung überhaupt keine öffentlichen Verkehrsmittel zur Verfügung stehen. Anläßlich der Verabschiedung des Verkehrsplanes müßten auch hinsichtlich der Linienführung verschiedene Änderungen vorgenommen werden. Es ist jedenfalls erfreulich, daß in der Frage einer zweiten Verkehrsebene eine Annäherung des Standpunktes erfolgt ist, und es ist zu hoffen, daß sie in kürzerer Zeit in irgendeiner Form verwirklicht werden kann.

Bei den Verkehrsbetrieben würden für Investitionen insgesamt 533 Millionen Schilling benötigt werden, von denen aber mangels Geldbedeckung 346 Millionen, das sind 65 Prozent, gesperrt werden müssen. Unserer Meinung nach müßte von Seiten der Hoheitsverwaltung etwas geschehen, da sonst die Gefahr besteht, daß der Verkehr noch schleppender wird. Wir hoffen, daß der Finanzreferent zusammen mit dem Stadtrat der Städtischen Unternehmungen einen Weg finden wird, um der Bevölkerung zu helfen, ohne ihr eine Mehrbelastung aufzuerlegen. Der Redner schließt mit einem Dank an die Bediensteten der Verkehrsbetriebe. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

GR. Adelpoller (SPÖ) stellt fest, es sei geradezu verwunderlich, was in unserer Stadt seit 1945 geleistet wurde. Er bedauere es daher, daß in der Diskussion soviel Negatives hervorgehoben, das Positive aber übersehen wurde. So gab es zum Beispiel in Wien noch nie so viele neue Straßenbahnwagen und Autobusse wie heute. Das E-Werk hat seine Produktion seit 1938 ebenso wie das Gaswerk verzehnfacht und beide hatten dabei weniger Personal als damals.

In unserer Stadt müssen 10.000 Kilometer Kabelnetz - also ein Viertel des Erdumfanges - betreut und instandgehalten werden. 90 Millionen Schilling sind im kommenden Jahr für den weiteren Ausbau des Kabelnetzes vorgesehen. Rund 50 Millionen Schilling sind im Voranschlag für den Neubau einer Kesselanlage im E-Werk Simmering veranschlagt. Der Strombedarf steigt jährlich um rund 13 Prozent und man wird wahrscheinlich trotz der Dampfkraftwerke auf den kalorischen Strom nicht verzichten können. Unser Strombedarf wird derzeit zu 42 Prozent aus den Dampfkraftwerken, 4.3 Prozent aus den Wasserkraftwerken und zu rund 53 Prozent aus dem Verbundnetz gedeckt. Bei den E-Werken wird mit Einnahmen von rund 1.195,7 Millionen Schilling gerechnet. Das bedeutet eine Einnahmesteigerung von 124 Millionen Schilling. Diese Tatsache wirkt sich auch in der Höhe des Gewinnes aus. Zweck der Gründung der Stadtwerke war es schließlich auch, daß die E-Werke und Gaswerke, wenn sie einen Gewinn aufweisen, diesen nicht in Form von Steuern abführen müssen, sondern damit die Straßenbahn subventionieren.

Die Gaswerke haben ein Rohrnetz von 2.000 Kilometern in dieser Stadt zu betreuen. Ein Teil dieser Rohre wurde schon um die Jahrhundertwende gelegt. Diese Rohre waren sehr kurz und durch die Erschütterungen des so stark gewordenen Verkehrs treten nun vielfach Schäden auf. Für Investitionen am Rohrnetz werden im kommenden Jahr 50 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Es wurde auch wiederholt die Entgiftung des Stadtgases verlangt. In Basel wurde eine derartige Anlage geschaffen; der Preis des Gases mußte dadurch aber erhöht werden, trotzdem der Staat die Hälfte der Kosten für die Entgiftung trägt. Man müßte bei uns eine Befragung der Gasabnehmer durchführen, um zu erfahren, wieviele für die Entgiftung des Stadtgases sind, auch wenn der Gaspreis dadurch erhöht wird. Die Kosten einer derartigen Gasentgiftungsanlage würden bei ungefähr 300 Millionen Schilling liegen. GR. Adelpoller erachtet es als zweckmäßiger, an den Gasgeräten Sicherheitseinrichtungen, die es heute schon gibt, anzubringen. Groß ist auch die Explosionsgefahr durch ausströmendes Gas. In Wien wurde der Kohlenstoffgehalt bis auf sieben Prozent heruntergedrückt. In Deutschland ist man augenblicklich bemüht, ihn auf zehn Prozent herabzusetzen.

Die Mindereinnahme beim Koksverkauf ist darauf zurückzuführen, daß wir mehr Erdgas verwenden und daher ein kleinerer Anfall von Kohle und Koks besteht. Beim Koks gibt es aber auch sehr große Konkurrenz. Rußland zum Beispiel liefert den Koks billiger, als er in Wien überhaupt hergestellt werden kann.

GR. Adelpoller stellt fest, daß man bei Gas- und E-Werk ständig bemüht sei, noch mehr zu rationalisieren und dadurch auch die Verkehrsbetriebe mehr zu subventionieren. Ob man durch diese Rationalisierungen dazu kommen werde, daß die Verkehrsbetriebe durch Unterstützung der anderen Unternehmungen kein defizitärer Betrieb mehr sind oder durch Erhöhung der Tarife, das werde man erst in der Zukunft sehen.

GR. Adelpoller (SPÖ) meint, daß bei den Verkehrsbetrieben bis jetzt noch nicht alle Rationalisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft wurden, wie etwa die Schaffung eines günstigeren Dienstplanes. Er beschäftigt sich dann mit der Abwanderung der Arbeitskräfte von den Verkehrsbetrieben und stellt an einigen Beispielen aus den Städten der Bundesrepublik Deutschland fest, daß es sich hier um eine internationale Erscheinung handelt. In Deutschland führt der Personalmangel in den Verkehrsbetrieben zu drastischen Maßnahmen, wie wir sie uns in Wien wahrscheinlich nicht vorstellen können. So werden einzelne Straßenbahnlinien völlig stillgelegt oder bestenfalls die Intervalle empfindlich verlängert. Der Redner meint, daß auch gewisse Maßnahmen, etwa die Einführung eines mehr entsprechenden kontinuierlicheren Dienstes, den Verkehrsbetrieben Personal bringen würden. Es gäbe aber auch neue technische Einrichtungen, wie etwa die Elektronensteuerung oder die Anwendung von Transistoren, die auch bei uns angewendet werden könnten. Auf der Stadtbahn ließe sich zum Beispiel durch die Abschaffung des Beifahrers und des "Säulenflüsterers" auf den Bahnsteigen eine wesentliche Einsparung an Personal erzielen. Zu den von der Opposition vorgeschlagenen Verlängerungen einiger Linien, sagt der Redner, sie würden zwar den Verkehrsbetrieben keine zusätzlichen Fahrgäste einbringen, er verschließe sich aber nicht der Ansicht, daß dadurch manches für die Bequemlichkeit der Bewohner am Stadtrand getan werden könnte.

Er kommt dann auf das sehr häufig kritisierte Alter unserer Straßenbahnwagen zu sprechen. In New York, sagt er, sind 35 Prozent aller Wagen 35 bis 55 Jahre alt. In Wien sind 34 Prozent aller Wagen 35 Jahre alt, aber kein einziger aus dem Jahre 1905. Der Redner erklärt, er anerkenne voll die Bedeutung der automatischen Schienenbremse, fragt aber, ob jemand ernstlich der Meinung sei, daß durch sie jedes Verkehrsunglück vermieden werden kann. Er verweist im Zusammenhang darauf, daß den Verkehrsbetrieben in Deutschland für den Einbau der automatischen Schienen eine Frist von sieben Jahren gestellt wurde, wogegen in Wien diese Frist nur drei Jahre betragen hat. Er fordert daher den Referenten auf, alles zu unternehmen, um für die Verkehrsbetriebe diese Frist zu verlängern. Was die Einbeziehung der Vorortelinie und der Donauuferbahn in unser Verkehrsnetz betrifft, wäre auch er für eine solche Erweiterung. Er gibt aber zu bedenken, daß die Fachleute allein für die Einbeziehung der Vorortelinie einen Kostenaufwand in Höhe von sechs Milliarden Schilling errechneten und meint, eine solche Forderung ließe sich zwar leicht stellen, aber viel schwieriger dann realisieren.

Zur Diskussion über das Defizit der Wiener Stadtwerke weist er auf die Bemühungen hin, die von der Hoheitsverwaltung zur Besserung der Lage unternommen werden, vor allem auf die 1.2 Milliarden Schilling, die für diese Zwecke zur Verfügung gestellt wurden. Zu den im Gemeinderat vorgetragenen Vorschlägen, die Hoheitsverwaltung möge ihre Ausgaben für Repräsentationszwecke kürzen und die ersparten Beträge den Stadtwerken bereitstellen, sagt der Redner, dies wäre nur ein Tropfen auf einem heißen Stein. Der Finanzreferent hat wiederholt bewiesen, daß er besten Willens ist, den Stadtwerken zu helfen und hat dies auch schon getan. Der Redner glaube, daß die derzeitige Situation der Verkehrsbetriebe nicht tragisch, eher bedenklich ist, und daß eine Sanierung früher durchgeführt werden könne, als allgemein angenommen wird. Dazu gehört aber nicht Demagogie, sondern viel mehr eine aufrichtige Aufklärung. Was die Behauptung betrifft, daß die Mittel für Investitionen nicht immer zur Hand waren, stellt der Redner fest, daß ihm keine Beschwerde der Industrie bekannt ist, wonach die Gemeinde Wien wesentliche Beträge schuldig geblieben wäre.

Er bespricht dann die Investitionen, die von den einzelnen Stadtwerken im kommenden Jahr vorgenommen werden. Was die Kritik anbelangt, daß die Stadtwerke Fremdkapital anfordern mußten, da die Hoheitsverwaltung das Geld nicht einfach aus ihrer Kasse herausnehmen konnte, stellt er die Frage, aus welchen Verwaltungsgruppen die Stadtverwaltung diese Beträge hätte abschöpfen sollen.

GR. Adelpoller tritt ebenfalls dafür ein, die Sitzungen des Gemeinderatsausschusses der Städtischen Unternehmungen öffentlich zugänglich zu machen. Er regt an, die Geschäftsordnung entsprechend zu ändern.

Abschließend erklärt er, seine Fraktion werde den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe seine Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlußwort geht Stadtrat Schwaiger auf die einzelnen Ausführungen der Debattenredner ein. Die Verstärkung von Steigleitungen sei nicht Sache des Gaswerkes und des E-Werkes, sondern ist Sache des Hauseigentümers.

Die Subventionen der Gas- und E-Werke an die Verkehrsbetriebe betragen von 1950 bis 1959 1.866 Millionen Schilling. Die Gebrauchsgebühren haben bis jetzt die E-Werke und Gaswerke 4,6 Millionen Schilling gekostet.

Zur Frage der Gasentgiftung bemerkt der Referent noch, daß es auch den Weg gebe, nur gesicherte Gasgeräte zu verwenden.

Es sei ihm nichts bekannt, daß der neue Fahrschein schon gedruckt wird; auch habe die ÖVP keinen Vorschlag auf Tarifierhöhung eingebracht.

Warum noch immer Wagen ohne Schienenbremsen auf Bergstraßen fahren? Diese Linien sollen im kommenden Jahr auf Autobus umgestellt werden. Im übrigen aber wird es noch bis 1962 dauern, bis alle Wagen Schienenbremsen haben.

Die Autobuslinien 4 und 7 sollen dem Berufsverkehr dienen. Sie sind keine Bahnhofslinien, für die eine Betriebsverlängerung bis 24 Uhr gerechtfertigt wäre.

Wegen der Kagraner-Schleife konnte leider mit der Stadtplanung noch keine Trassenführung vereinbart werden.

Bei den Triebwagengestellen aus Washington handelt es sich keineswegs um ausrangierte Fahrgestelle, sondern um Wagen, die

nur deswegen verkauft wurden, weil die Straßenbahn dort aufgelassen wird.

Die Ausführungen des FPÖ-Redners bezeichnet der Referent als "halblustig" und bedauert sie. (Gegenrufe bei FPÖ.)

Zu der Rede von ÖVP-Gemeinderat Hahn führt Stadtrat Schwaiger aus, auch ihn würde es freuen, wenn die Verkehrsbetriebe ähnlich wie die Bundesbahn durch die Hoheitsverwaltung eine Unterstützung bekämen. Es stimme, daß der Fünf-Jahres-Investitionsplan leider zu spät gekommen ist. Wäre er früher beschlossen worden, hätte man der Schienenbremsenverordnung termingerecht nachkommen können. Der Referent verweist im übrigen darauf, daß in Deutschland eine ähnliche Verordnung bereits 1953 beschlossen wurde, während unsere Aufsichtsbehörde erst 1957, jedoch mit demselben Termin, ihre Verordnung herausgegeben hat. Man habe alles mögliche getan, um eine Fristerstreckung zu erreichen. Bürgermeister Jonas hat sich schriftlich an das Verkehrsministerium gewendet, leider aber eine Absage bekommen. Er selbst habe bei Minister Waldbrunner vorgesprochen, mußte aber ebenfalls eine Ablehnung erfahren. Überhaupt habe man keine guten Erfahrungen mit der Aufsichtsbehörde gemacht.

Die Folgen der Verordnung werden sein, daß ab 1. Jänner das Durchschnittstempo auf 11,5 Kilometer sinken und damit auch das Platzangebot geringer werden wird.

Es wurde die Frage aufgeworfen, warum wir beim Gaswerk noch Kohle verwenden, warum wir nicht nur Erdgas verwenden, wenn die Gefahr besteht, daß wir den Koks nicht anbringen können oder mit Verlust verkaufen müssen. Die Gaswerke sind der Meinung, daß nach wie vor auch Kohle verwendet werden muß, weil es wohl sehr leicht ist, einen Markt aufzugeben, aber sehr schwer, einen einmal verlorenen Markt wieder zu gewinnen.

Die Dienstenteilung bei den Verkehrsbetrieben ist deswegen nicht einfach, weil es ein ausgesprochener "Stoßbetrieb" ist. Es würden aber Untersuchungen angestellt werden, die sich vor allem auch auf die Vorschriften der Aufsichtsbehörden erstrecken müssen, die vielfach veraltet sind.

Die elektronische Steuerung bei der Stadtbahn wird sicherlich eine Personalerparnis bringen, andererseits aber auch zusätzliche Mittel erfordern.

Gegen die Aufhebung der Vertraulichkeit der Sitzungen des Ausschusses der Verwaltungsgruppe XII ist an sich nichts einzuwenden, die Juristen werden diese Frage prüfen. Aber während sich die Mitglieder der FPÖ-Fraktion darum reißen, an den Sitzungen dieses Ausschusses teilzunehmen, kommen sie zu den Sitzungen der Ausschüsse der Hoheitsverwaltungen, denen sie auch ohne Einladung beiwohnen könnten, nur sehr sporadisch.

Die Anträge des GR. Maller empfiehlt der Referent zur Ablehnung. In dem einen Fall begründet er es damit, daß bereits eine städtische Planungskommission besteht, und das eine Zweigleisigkeit bedeuten würde. Zum zweiten Antrag stellt er fest, daß die ÖVP keinen Vorschlag auf Erhöhung der Straßenbahntarife auf drei Schilling erstattete. Die beiden Anträge des GR. Peter empfiehlt er abzulehnen, weil sie nichts Neues bringen und diese Fragen bereits im Gemeinderat besprochen wurden.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des ordentlichen Voranschlages der Verwaltungsgruppe XII mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Der Wirtschaftsplan der Gewista wird gegen die Stimmen der KLS beschlossen. Die vier Anträge verfallen der Ablehnung.

Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien angenommen

Da Vizebürgermeister Slavik bereits in seinem Referat die entsprechenden Anträge über Bilanz und Bedeckung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1961 gestellt hat, bringt Vorsitzender Bürgermeister Jonas die Anträge sofort zur Abstimmung. Das Budget der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1961 wird mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Es gelangt hierauf der Antrag des Stadtsenates zu Post 1a der Tagesordnung: Bilanz der Stadtwerke für das Jahr 1959 zur Behandlung. Da keine Wortmeldung vorliegt, gilt der Antrag als angenommen.

Jahr 1961 wieder im Zeichen der Konjunktur!

=====

Bürgermeister Jonas dankt der Wiener Bevölkerung

Am Ende der Budgetverhandlungen des Wiener Gemeinderates ergriff der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, das Wort. Er sagte:

"In mehrtägigen Verhandlungen und lebhaften Debatten ist es gelungen, die endgültige Form des Budgetes für das Jahr 1961 zu erarbeiten. Damit hat die Wiener Gemeindeverwaltung ihre Richtlinien für das kommende Jahr erhalten, das - wie ich hoffe - ebenso im Zeichen der Konjunktur stehen wird wie das heurige.

Im April dieses Jahres konnte die Wiener Stadtverwaltung der Zweiten Republik ihr 15jähriges Bestehen als demokratische Institution festlich begehen. Sie hat ihre Aufgabe unter widrigsten Umständen, in einer Zeit der Not und der Bevormundung durch fremde Mächte, begonnen. Trotzdem ist es den gemeinsamen Bemühungen aller Mitglieder des Gemeinderates gelungen, die Stadt Wien aus dem Chaos der unmittelbaren Nachkriegszeit in friedliche Jahre hinüberzuführen, in denen der Aufbau mit voller Kraft vorangetrieben werden konnte. Der Ansporn zu dieser großen Leistung war das Bewußtsein der Verantwortung der freigewählten Gemeinderäte gegenüber der Wählerschaft, die ihren Willen in demokratischer Weise zum Ausdruck gebracht hatte.

Die hohen Ideale der demokratischen Volksvertretung sind es auch, die uns bei der Arbeit leiten müssen - hier in der Wiener Volksvertretung werden Entscheidungen getroffen, die sich letzten Endes auf jeden einzelnen Wiener auswirken. Wenn die Budgetdebatte zeitweise auch recht lebhaft verlief, so zeigt dies nur, wie ernst die Beteiligten ihre Aufgabe nehmen und versuchen, ihre Argumente als Rechtfertigung ihrer persönlichen Überzeugung vorzubringen.

Bei dieser Gelegenheit will ich nicht versäumen, im Namen der Wiener Stadtverwaltung auch jenem Personenkreis bestens zu danken, der für die vorbildliche Vorbereitung der Sitzungen des Wiener Gemeinderates und des Wiener Landtages verantwortlich ist und der auch dafür gesorgt hat, daß die gesamte damit verbundene Arbeit reibungslos vonstatten ging.

Ich denke hier an den städtischen Finanzreferenten, Herrn Vizebürgermeister Slavik, der mit seinem Mitarbeiterstab die Hauptlast der Budgetausarbeitung zu tragen hatte. Die Amtsführenden Stadträte der einzelnen Verwaltungsgruppen, der Magistratsdirektor, der Kontrollamtsdirektor, der Generaldirektor der Wiener Stadtwerke, die Direktoren der Teilunternehmungen und die leitenden Beamten des Wiener Magistrates und der Städtischen Unternehmungen trugen dankenswerter Weise das Ihre dazu bei, um die zu leistende umfangreiche Arbeit zu erleichtern und zu beschleunigen.

Allen weiteren Bediensteten der Stadtverwaltung, die bei der Vorarbeit für den Gemeindehaushalt ihr Bestes gaben, danke ich ebenso wie den besonders stark beanspruchten Stenographen, ferner der Pressestelle und dem Präsidialbüro. Den Zeitungsberichterstatern gebührt unser Dank für ihre Bemühung, der breiten Öffentlichkeit ein klares Bild über den Stand der Verhandlungen im Rathaus zu geben.

Vor allem aber danke ich im Namen des Gemeinderates der Wiener Bevölkerung dafür, daß sie durch ihre Steuerleistung und ihre tatkräftige Mitarbeit die Grundlagen dafür geschaffen hat, daß der Gemeinderat und der Magistrat der Stadt Wien wieder ein reichhaltiges Arbeitsprogramm auch für das Jahr 1961 entwickeln konnten.

Ihnen, meine Damen und Herren, und der gesamten Wiener Bevölkerung entbiete ich nun zum Abschluß der Sitzung des Wiener Gemeinderates meine besten Festtagsgrüße. Ich wünsche Ihnen allen zu den kommenden Weihnachtstagen recht viel Freude und hoffe, daß das Jahr 1961 ein Jahr erfolgreicher Arbeit für unsere Heimat werden und uns all das Gute bringen wird, das wir von ihm erwarten."

Hierauf begeben sich die Klubobmänner der Gemeinderatsfraktionen zum Platz des Vorsitzenden, um Bürgermeister Jonas die Glückwünsche für die kommenden Feiertage zu entbieten: GR. Dr. Stemmer für die SPÖ, GR. Mühlhauser für die ÖVP, GR. Dr. Broesigke für die FPÖ und GR. Lauscher für die KLS.

- - -